

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 13. Januar 1894.

Inserate die viergespaltene Zeile über deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: München, Weyherstraße 12.

Die sozialpolitische Bedeutung der kleinen Handelsverträge.*)

(Sozialpolitisches Centralblatt.)

Von dem handelspolitischen Komitee Jahre darrt die Geschichte der neueren deutschen Tarifpolitik, deren grundsätzlicher Werth in dem Bruch mit der autonomen Zollwirtschaft beruht. Daß die bis zur Sperre sich steigende Hochschutzzölnerie in Konkurs gerieth, daß der Zollkrieg Aller gegen Alle nicht mehr als das U und O der Staatsweisheit erscheint, dieses Eingeständniß ist der Kern der Handelsverträge. Das hat uns eine bittere, verhängnißvolle Lehrzeit von dreizehn Jahren gekostet. Es ist nicht leicht, das System des Schutzzolles zu beseitigen, das im Jahre 1879 begründet worden ist. Nichts erscheint bequemer als die Einführung von Schutzvöllen. Desto schwerer wird man sie wieder los, haben sie erst einmal das wirtschaftliche Leben in ihren Bannkreis gezogen.

Jeder neue Handelsvertrag ist Stückwerk, aber jeder neue Handelsvertrag bröckelt einen Bruchtheil der Grundlagen des Schutzzolles ab. Sind die Tarifverträge auch nur Abschlagszahlungen, so muß die Schuld eben doch im Laufe der Zeit beglichen werden. Je umfassender und dichtmaschiger das Netz der Verträge wird, um so dringender wird das Bedürfnis nach einer gründlichen Durchsicht der leitenden Grundsätze unserer Handelspolitik überhaupt. Gerade Deutschland, das die Deutsch-Oesterreichische Handelsverträge mit Recht als einen „Industriestaat ersten Ranges“ bezeichnet hat, wird gezwungen sein, die folgerichtigen Schlüsse aus dem Geschehen zu ziehen.

Wenn sich um die kleinen Handelsverträge ein so heftiger Kampf entsponnen hat, in der Presse, in Vereinen und Versammlungen und im Parlament, so gibt hierfür Folgendes den Ausschlag. Die Gegner der Verträge sind Gegner der Vertragspolitik überhaupt und führen die Sache des Hochschutzzolles quod memento. Sie sind zu der Erkenntniß gekommen, daß es auf der Bahn der Verträge kein Halt mehr geben wird und sie kämpfen deshalb für ihre Ziele mit anerkannter, werther Entschlossenheit. Das, was ferne-

*) Reichstagsdrucksache Nr. 11. 9. Legislaturperiode, zweite Session 1893/94; Handels- und Schiffsverträge zwischen dem deutschen Reich und Spanien; Handels-, Zoll- und Schiffsverträge zwischen dem deutschen Reich und Rumänien; Handels- und Zollverträge zwischen dem deutschen Reich und Serbien. Deutsch-Oesterreichische Handels- und Schiffsverträge zwischen dem deutschen Reich und Spanien; 2. den in Berlin am 21. Oktober v. J. unterzeichneten Handels-, Zoll- und Schiffsverträge zwischen dem deutschen Reich und Rumänien; den in Wien am 21. August 1892 unterzeichneten Handels- und Zollvertrag zwischen dem deutschen Reich und Serbien. — Stereotypische Verichte über die Verhandlungen des Reichstags am 23. und 25. November 1893, am 12., 13., 14. und 15. Dezember 1893.

in dem spanischen, dem rumänischen, dem serbischen Verträge ausbedungen ist, schreckt sie weit weniger als der Blick in die Zukunft. Nicht was die Rumänen erhalten haben, sondern das, was Rußland erhalten könnte, nachdem Rumänen vertragsgemäß gestrichelt ist, kommt für sie in Betracht.

In drei Worten läßt sich das Wesen der Vertragsgegner kennzeichnen. Sie sind die Vertreter der agrarischen Interessen, ihre nächste Forderung ist der Differentialzoll auf russisches Brodkorn, ihr handelspolitisches Ideal ist der allgemeine autonome Hochzoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Der Beweis dafür, daß die deutsche Landwirtschaft durch die kleinen Handelsverträge keinen Schaden leidet, ist mit aller Schärfe erbracht worden. Nichts ist bezeichnender, als daß die Agrarier den Provisorien zugestimmt haben, die die Getreidezölle auch für Rumänen auf den deutsch-oesterreichischen Vertragslag ermäßigten. Seit fast 2 Jahren ist rumänisches Getreide zu einem Zollsaß von M. 3,50 nach Deutschland gekommen, ohne daß die Agrarier darüber geklagt hätten. Erst in letzter Stunde begann die Fehde gegen den rumänischen Vertrag, die aber auch gar nichts anderes war als ein Plänklergefecht gegen das drohende deutsch-russische Uebereinkommen. Die deutsche Landwirtschaft, die beim Schutzzoll auf Getreide interessiert ist, das ist der Großgrundbesitz. Die kleinen Landwirthe und die Landarbeiter scheiden thatsächlich bei dieser Frage aus, so sicher es auch ist, daß ein sehr großer Bruchtheil der Bauernschaft Dank den politisch-sozialen Zuständen, unter denen sie leben, stramm-schutzzöllnerisch gesinnt ist. Gines aber ist es, von einer sozialpolitischen Maßregel Nutzen zu ziehen, wie die ostelbischen Milttergutbesitzer, ein anderes, unter der Herrschaft einer Illusion zu stehen, die Ginen in siebenzehntausend altpreussischen Gutsbezirken die nationale Landwirtschaft erblicken läßt.

Nun steht es fest, daß die deutsche Landwirtschaft, die überhaupt ausführt, durch die kleinen Verträge eine Reihe von Vortheilen erlangt. Sakmehl, Stärke, Zucker, Papier sind doch in erster Reihe agrarische Erzeugnisse, und für sie haben unsere Unterhändler erhebliche Zugeständnisse erlangt. In den letzten Jahren ist z. B. die Hälfte des nach Rumänien eingeführten Zuckers (Raffinade) deutschen Ursprungs gewesen. Den landwirtschaftlichen Gewerben ist also ein gutes Absatzgebiet gesichert worden. Die in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter, deren Lage ungewisselhaft nichts weniger als befriedigend ist — wir erinnern nur an die Unzufriedenheit, die intensive Ausnützung, die Unterbezahlung, die abscheulichen Wohnungsverhältnisse — werden keine Stunde weniger zu schaffen haben. Vielmehr liegt es nahe, zu fordern, daß die Unternehmerschaft, der ein günstiger Markt erhalten worden ist, endlich einmal genöthigt werde, die Arbeiterzustände ihrer Gewerbe zu verbessern.

Für die Landwirtschaft bedeutet der Abschluß der kleinen Handelsverträge schon deshalb einen Gewinn, weil die Kaufkraft der breiten Volksmasse, die in Handel und Wandel thätig ist, vor Allem der Industriearbeiterschaft, durch die Vertragspolitik wenn nicht erhöht, so doch vor einem weiteren Rückgange behütet wird. Der Kundenkreis des kleinen Bauern, der hier Milch, Butter, Käse, Erzeugnisse der Spatenkultur absetzt, wächst oder erhält sich doch.

Die deutschen Ausfuhrgewerbe sind auf die Absatzgebiete in Spanien und am Balkan mit Naturnothwendigkeit angewiesen. Scheiterten die Verträge, dann hätte der Zollkrieg aufgehoben, die Exportindustrien wären lahmgelegt worden, die schlechende Krisis, die jetzt bereits so viele Gewerbezweige heimsucht, hätte sich verschärft, die Geschäftstrocknung wäre das Signal für Massenentlassungen von Arbeitern geworden. Der Nothstand in Permanenz . . .

Man beachte nur die Einfuhrziffern! In der Kommission theilte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Ergebnisse der Ausfuhr aus dem freien Verkehr Deutschlands nach Spanien mit. Danach ist der Werth unserer Sendungen nach Spanien in den letzten 4 Jahren (1889—1892) weit höher als in den Jahren 1885—1889; zieht man den vom spanischen Markt durch die französisch-spanische Geseßgebung verdrängten Braumwein ab, so ist der Werth der deutschen Einfuhr 1889—1892 doppelt so hoch, wie der in den Jahren 1885—1889. Die Einfuhr betrug dann 1885: 19,463,000, 1886: 19,539,000, 1887: 18,085,000, 1888: 21,477,000, 1889: 29,850,000, 1890: 45,692,000, 1891: 45,741,000, 1892: 40,362,000 M. Der Werth der Einfuhr aus Spanien betrug: 1885: 15,623,000, 1888: 24,912,000, 1890: 34,068,000, 1892: 40,793,000 Mark. Der weitaus größte Theil dieser Einfuhrwerthe besteht aus den stetig wachsenden Mengen der für die deutsche Industrie sehr wichtigen, ja unentbehrlichen Eisenerze, Schwefelkiese und Storkhölzer, sowie aus Süßfrüchten. Die spanischen Rohstoffe sind zumeist für unsere Gewerbe sehr notwendig; die Menge der Industrieerzeugnisse, die wir nach Spanien ausführen, wächst beständig. Die spanischen rothen Verschnittweine und Moste zu rothem Wein, denen gleich dem italienischen Verschnittwein eine Zollermäßigung gewährt worden ist, werden dem deutschen Weinverschnittgeschäft, das freilich zum weitaus größten Theile (zu etwa 97 Prozent) in den Händen des Weinhandels liegt, von nicht geringem Nutzen sein. Sie erleichtern dem Winger den Absatz seiner kleinen, sauren Weine, und sie verworfen ein Genußmittel, das für große Bezirke Deutschlands noch heute das Volksgetränk ist.

In Rumänien hat Deutschland seit 1886 seine Einfuhr um das Dreifache des früheren Betrages erhöht. Der langwierige Zollkrieg zwischen Oesterreich und Rumänien bot dem deutschen Exportgewerbe die

günstige Gelegenheit, festen Fuß zu fassen und sich dort zu behaupten. Die Entwicklung des deutschen Handels hat einen so günstigen Verlauf genommen, daß die Gesamtimporte Deutschlands nach Rumänien für 1893 von dem preussischen Handelsminister auf etwa 160,000,000 Franken geschätzt worden ist. Der Werth der deutschen Einfuhr nach Rumänien betrug 1884: 43, 1885: 41, 1886: 73, 1887: 90, 1888: 83, 1889: 108, 1890: 109, 1891: 140 Millionen Franken. Ein Markt wie der rumänische ist für Deutschland von höchster Wichtigkeit. Rumänien, mit Naturschätzen aller Art auf das Reichste ausgestattet, eine wahre Getreidekammer für die mitteleuropäischen Industriestaaten, ein Land, das im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr als 3000 Kilometer Eisenbahnen gebaut hat, das für den Verkehr auf trockenem Wege, auf der Wasserstraße der Donau und zur See so glänzend ausgestattet ist, bietet als östliches Hinterland des deutschen Reiches einen zahlungsfähigen Markt, den zu erhalten eine wirtschaftspolitische Pflicht ist. Die deutsche Textilindustrie ist in erster Reihe an der Ausfuhr nach Rumänien theilhaftig. Die Baumwollindustrie der sächsischen Lausitz z. B., die den rumänischen Markt für ihre Artikel erobert und sich bei einer gesammten Ausfuhrmenge von 4 bis 5 Millionen Mark ausschließlich auf den rumänischen Geschnack eluzerichtet hat, hätte vor einer Katastrophe gestanden, wenn der deutsch-rumänische Vertrag verworfen worden wäre. Nun ist es eine bekannte Thatsache, daß die lausitzische Weberbevölkerung heute bereits zu den schlechtestbezahlten Arbeitergruppen gehört, daß ihre Lebenshaltung sehr niedrig, ihr Lohn gering ist. Tausende von Webern wären aber aus dem Brod verworfen, dem Hunger und dem Bettel preisgegeben worden, wenn man den Handelsverkehr mit Rumänien unterbunden hätte. Keine Aufträge, keine Beschäftigung; die Webstühle stillgelegt, die Weberfamilie zum Feiern verurtheilt, und der Winter da, mit seinen erhöhten Ansprüchen an den Haushalt . . .

Was für die Lausitz gilt, das gilt auch für die anderen Brennpunkte der Textilgewerbe. Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben denn auch in der Kommission zahlreiche Erklärungen der Interessenten, vor Allem der Unternehmerverbände, so aus Greiz, das viele Volkswaaren nach Rumänien ausführt, aus Gera, Mühlhausen i. Gf. und Berlin, aus dem Königreich Sachsen mitgetheilt, die sich durchgängig für den Abschluß des deutsch-rumänischen Vertrages ausgesprochen haben.

Der serbische Handelsvertrag hat für eine Reihe durch Deutschland gedeckter serbischer Verbrauchsgegenstände die bisherigen Zollsätze ermäßigt, für Eisenbahnmateriale aus Eisen oder Stahl, Schienen, Maschinen, Bücher, Karten, Kunstgegenstände, Papiermasse, Cellulose die Zollfreiheit aufrecht erhalten oder neu vereinbart, kurz, den deutschen Exportindustrien, die nun nicht mehr durch das so-

genannte Grenzollprivileg Oesterreichs beeinträchtigt sind, eine günstige Lage geschaffen. Nach der amtlichen deutschen Statistik hat die deutsche Ausfuhr nach Serbien 1887: 1.7, 1888: 0.9, 1889: 2.0, 1890: 3.1, 1891: 4.0 Millionen Mark betragen. Thatsächlich bleiben, wie die Deutschrift hervorhebt, die Zahlen hinter der Wirklichkeit um einige Millionen zurück, weil der über Oesterreich-Ungarn gehende Waarenverkehr wohl vielfach fälschlich Oesterreich zugeschrieben wird.

In rauher Schätzung handelt es sich bei den kleinen Verträgen um eine deutsche Gesamtausfuhr von jährlich 173 Millionen Mark. Eisen- und Textilindustrie, Holzbearbeitung und Papiergewerbe, die chemische und die Zuckerindustrie, Schokoladenfabrikation und Walzwerke, die vielfältigen Zweige des deutschen Exportgewerbes sind an dieser Ziffer theilhaftig. Es erhellt, daß eine Herabsetzung der Ausfuhrziffer von den schädlichsten Wirkungen für die in den Exportindustrien thätigen Arbeiter sein muß. Ihre Zahl ist auf 60,000 bis 70,000, von einem Fachmann wie Herrn von Stumm auf 100,000 angegeben worden. Hinter diesen Hunderttausend stehen jedoch außerdem die nicht erwerbsthätigen Angehörigen, die Arbeiterfamilien. Das Schicksal von etwa 400,000 Menschen hing von dem Ausgang der Abstimmung am 15. Dezember 1893 ab. So gewiß der Abbruch der freundlichen Beziehungen mit Spanien, Rumänien, Serbien den kleinen und mittleren Unternehmungen der dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Erwerbszweige einen schweren, vielleicht den Todesstoß versetzt hätte, so sicher ist es auch, daß die wirtschaftlich Schwächsten, die beschloßenen Arbeiter, durch die eintretende Krisis am härtesten getroffen worden wären.

Da die bebauerliche Thatsache nicht aus der Welt geschafft werden kann, daß die Grundlage der deutschen Ausfuhrwerke die Wohlfeilheit der deutschen Arbeitskraft ist, so beantwortet sich die Frage, was für ein Loos der auf's Pfahler gesetzten Industriearbeiter harret. Gerade die zum Widerstand unfähigsten, die durch Ueberarbeit und unzureichende Löhne erschöpften Arbeiterkategorien hätte der ganze Jammer der Arbeitslosigkeit auf das Entschuldigste angefaßt. Nach dem Urtheil sachkundiger Beobachter wird der Winter 1893/94 einen akuten Nothstand, wie seit Jahren nicht, offenbaren. Fügt man hinzu, daß die Miquel'sche Steuerreform, wenn die Tabakfabriksteuer durchgedrückt wird, mit einem Schlage etwa vierzigtausend oder fünfzigtausend Tabakarbeiter freisetzen wird, dann zeigt es sich sinnenfällig, wie der Fall der kleinen Verträge den Fluthstand des sozialen Elends, der heute bereits hoch genug ist, noch erhöht hätte.

Gerade die, die sonst den Grundsatz hochhalten, man dürfe quiesca non movere, das Ruhende nicht bewegen, haben den kleinen Verträgen fortgesetzt die größten Schwierigkeiten bereitet. Das deutsche Wirtschaftsleben bedarf der ruhigen Verhältnisse. Die Agrarier aber wollen die Zollautonomie, das heißt den ewigen Zollkrieg bis aufs Messer. Wo bleibt da die Stetigkeit der Entwicklung? Die heutige Wirtschaftsweise, durch die ihr innewohnenden Gesetze bereits zu immer neuen Schwankungen verdammt, soll durch die Hochschulzöllnerlei fortwährend gestört, beunruhigt, beeinträchtigt werden. Der moderne Kapitalismus verträgt diese Störungen nicht, und die ersten Auseinandersetzungen zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz sind im Reichstage bereits erfolgt. Verzweifelt wehrt sich das Junkerthum dagegen, daß auch die Landwirtschaft den Zwangsgeboten des Weltmarktes überantwortet, daß sie von der Konjunktur abhängig wird, wie etwa

die Baumwoll- oder Eisenindustrie. Wie der Kampf ausgehen wird, ist klar.

Indes auch für die Arbeiterklasse ist es von Werth, daß die Handelsverträge langfristig sind. Das bedeutet eine Bürgschaft gegen Zollkriege, eine Bürgschaft für eine gewisse Stetigkeit des Erwerbs, soweit unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise von Erwerbsstabilität überhaupt die Rede ist. Dadurch wird der Lebensmaßstab der Arbeiter, ihre Fähigkeit, sich zu organisiren und im Streite für die Verbesserung ihrer Lage Erfolge zu erringen, jedenfalls gesteigert oder auf der bisherigen Stufe erhalten.

Eine Tarifpolitik, die die Ausfuhrgewerbe fördert, Zehntausenden Arbeitsgelegenheit schafft und deren Kaufkraft erhöht, nützt schon dadurch dem Gemeinwesen, dessen wirtschaftliche Zusammenhänge durch jede Aenderung des Geschäftsganges empfindlich berührt werden. Aber die deutsche Tarifpolitik, wie sie seit 1892 angebahnt worden ist, stellt sich auch als ein Fortschritt, ein kleiner zwar, aber doch ein Fortschritt dar auf dem bedeutsamen Gebiete der Ernährungspolitik. Jede Maßregel, die die notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Menge verbilligt, ist eine sozialpolitische Maßregel ersten Ranges. Es ist eine Binsenmaxime, daß die Zölle und Verbrauchsabgaben die Armen am schwersten brücken. Die Nahrungs- und Genussmittel des Volkes verbilligen heißt daher die Lebenshaltung des Volkes verbessern. Die Herabsetzung des Kornzolles von M 5 auf M 3,50 ist ein erstes geringes Zugeständniß gewesen. Es ist von hohem Nutzen, daß Rumänien, das vor Allem Zerealien nach Deutschland ausführt — hauptsächlich Getreide, getrocknetes Obst, Nüsse, Kastanien, dann Thiere und thierische Erzeugnisse in einem Gesamtbetrage von 29,3 Millionen Mark im Jahre 1891 — nicht mehr nur provisorisch, sondern endgültig den Zollsatz von M 3,50 für sein Getreide erhalten hat.

Nun einmal Bresche in die landwirthschaftlichen Hochzölle geschossen worden ist, kann auf die Dauer von Differenzialzöllen auf Brodtorn nicht mehr die Rede sein.

Der rumänische Weizen zählt M 3,50. Magt man ernstlich, daß sich der russische Roggen, daß sich ein für unsere Volksernährung notwendiges Getreide auf lange hinaus noch differenziren oder gar durch Sperrzölle ausschließen lasse? Die deutsche Landwirtschaft kann und wird unseren Kornbedarf nicht befriedigen. Mit dem Wachsen der deutschen Volkszahl wird die deutsche Getreidebedeckung immer kürzer werden. So wird der Differenzialzoll in Wälde ein Urding. Die Verträge binden die Lebensmittelzölle, die Zölle auf ein Jahrzehnt nach oben. Es ist ein Gebot der sozialpolitischen Gerechtigkeit, daß diese Zölle herabgesetzt, daß sie beseitigt werden. Hier sind der Gesetzgebung keine Schranken gesetzt. An dem erforderlichen Druck von außen wird es nicht fehlen, um die ausschlaggebenden Mächte zum Handeln zu drängen. Ce n'est que le premier pas qui coûte.

Die Handelsverträge, betrachtet unter dem sozialpolitischen Gesichtswinkel, der doch maßgebend für die Gesetzgeber sein soll, fördern den gemeinen Nutzen.

Berlin. Bruno Schoenlank.

Staatliche und private Sorge um das geistige Wohl der Arbeiter.

R. In der Verstellungskunst sind die Vertreter und Verfechter unserer sogenannten „göttlichen Weltordnung“ Meister. Zur Erhaltung dieser „Ordnung“ muß Alles in Bewegung gesetzt werden. Jahrzehnte lang schon spielen sich zu diesem Zweck die größten Widersacher der Arbeiterinteressen als deren Verfechter

auf. Doch nicht nur die materiellen Interessen der Arbeiter wollen sie fördern, sondern auch deren geistiges Wohl liegt ihnen am Herzen und soll nach ihrer Art gefördert werden. Dieses „Fördern“ heißt aber in die echte und rechte, wahrheitliche Sprache des Volkes übersezt: Mit Füssen treten! Sehr natürlich. Die Ideen des Sozialismus greifen immer mehr um sich, und daher fühlen sich Staat, Privatpersonen und Vereine berufen, dieselben im Keime zu ersticken. Hier eine kleine Bittensliste davon:

Seit dem Jahre 1875 hat die sächsische Kammer jährlich 15,000 M bewilligt für Volks- und Arbeiterbibliotheken. Seit dem Jahre 1890 ist diese Summe auf 18,000 M erhöht worden. 250—350 Bibliotheken werden aus diesem Reserfonds gespeist, so daß im Durchschnitt auf jede einzelne 60— ganze sechszig — Mark kommen. Die Zahl der Arbeiter- und Volksbibliotheken ist von 196 im Jahre 1875 auf 1065 im Jahre 1893 gestiegen. Volle 23 Jahre haben also die Gemeinden mit Staatshilfe arbeiten müssen, um 869 Bibliotheken zu errichten. Pro Jahr sind 37—38 solcher Volksbelehrungsinstitute in's Leben gerufen worden.

Für seine Hilfe behält sich der Staat natürlich auch seine Rechte vor. Die Oberaufsicht über die Bibliotheken führt nämlich der Bezirksausschuß unter Zuziehung der Lehrer und Geistlichen. Aber das genügt noch nicht, um die Anschaffung von „entsprechenden“ Büchern zu garantiren. Der Staat muß ja wissen, was für die Ausgebeteten möglich ist — und hat daher einen Musterkatalog ausarbeiten lassen; es dürfen von dem Staatszuschuß nur Bücher angeschafft werden, die in diesem Musterkatalog aufgeführt sind!

Die ganze Jämmerlichkeit dieser Kraft- und Musterleistung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erkennt man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, was die Arbeiter selbst, aus eigener Kraft, in viel kürzerer Zeit, d. h. erst seit dem Fall des Sozialistengesetzes geleistet haben. Ein jeder, oder doch fast jeder Verein hat eine Bibliothek, deren Gesamtzahl kaum annähernd zu schätzen ist. Und was wenden z. B. nur einzelne Verwaltungsstellen der großen Zentralverbände auf. Was sollten diese mit 60 M anfangen? Nun, und die geistige Kost selbst? Wie sieht die bei den staatlich subventionirten Volks- und Arbeiterbibliotheken aus?

Geben wir zur Beantwortung dem Lobredner jener Institute, Herrn Dr. B. Böhmert selbst, das Wort. Er kündigt in Nr. 50 des „Volkswohl“ vom 14. Dezember 1893 einen Cyklus von 10 Vorlesungen über „Die Lehre von der Volkswohlthat“ an. Diese Vorlesungen sollen behandeln:

1. Der Mensch als ein bedürftiges, geselliges, vervollkommnungsfähiges Wesen.
2. Die Objekte der Wohlfahrtslehre (materielle und geistige Genüsse).
3. Produktion mit Hilfe von Natur, Arbeit und Kapital.
4. Das Kapital als Produktionsmittel (Werkzeug und Maschine als Kapital, Zusammenwirken von Natur, Arbeit und Kapital, Entstehung und Geschichte des Eigenthums. Staatliche Rechte und sittliche Pflichten, und die im Interesse der Volkswohlthat notwendige Beschränkung des Eigenthums).
5. Umlauf der Güter, Tauschverhältnisse und Preisgesetze.
6. Kredit (Papiergeld, die Kreditinstitute, ihre innere Einrichtung mit besonderer Berücksichtigung der Volksbanken und Sparkassen).
7. Vertheilung der Güter nach Arbeitslohn, Kapitalzins und Rente. Bestimmende Gründe für deren Höhe.
8. Konsumtion mit Lehre vom Versicherungszweigen.

9. Die Malthus'sche Theorie und was falsch an ihr ist.

10. Entwicklungsrißbild und wichtige Werke über Volkswohlthat und Volkerglück.

Trotzdem nun diese „populären“ Vorlesungen noch nicht stattgefunden haben, können wir schon heute unsere Leser über den Inhalt unterrichten, weil es eben „Alle Kamellen“ sind.

Der Vorlesende wird zuerst einige billige Phrasen über den Menschen, seine materiellen und geistigen Bedürfnisse dreschen, selbstredend dabei betonend, daß das ganze „Volk“ nicht heute schon vollen Antheil daran haben kann. In der zweiten Vorlesung wird der Natur, der göttlichen Vorsehung und dem Kapital der Löwenantheil an der Produktion zuerkannt, nebenher vielleicht der Segen der Arbeit erwähnt werden, und wenn er solchen Blödsinn, wie das „Kapital als Produktionsmittel und Werkzeug als Kapital“ im Thema ansehen kann, dann trauen wir dem Verfasser auch zu, daß er die alte Geschichtsfälschung über den Ursprung des Eigenthums und des Kapitals, die Marx und Engels so treffend widerlegt haben, auch nochmals aufwärmt. In stichtischer Entzückung wird dann gemacht werden, wenn die Pflichten und die „Einschränkung“ des Eigenthums resp. der Eigenthümer auf der Tagesordnung stehen. Die Verdrängung und Verpöfung bekommt ihren Theil, wenn die Preisgesetze behandelt werden. Das Preisgesetz der Arbeitskraft (Arbeitslohn) wird unterdrückt. Beim 6. Punkt erzählt man den Arbeitern, falls sich Dumme finden, die solche Vorlesungen debattellos anhören, vielleicht, daß der Jude den Wechsel „erfunden“ hat, der kleine Handwerker durch billige Kredite seinen „goldenen Boden“ wieder gewinnt, die Arbeiter aber sparen müssen. Da man nun an der rechten Stelle, bei den Preisgesetzen, nicht auf den Arbeitslohn kommen konnte, wird den Leuten klar gemacht, daß bei den Kapitalisten, der doch „sein“ Kapital riskirt, und von dem Ertrag „seiner“ Fabrikation die Renten bezahlen muß, der Löwenantheil an dem Ertrag der Produktion zukommt, der „Gründe“ für die jetzige „Höhe“ des Arbeitslohns also gar sehr viele seien und es hübsch beim Alten bleiben müsse. Zufriedenheit, das sei des Arbeiters höchstes Glück. Nach einem Lobgesang auf die „Sozialreform“ (Arbeiterversicherungen), benützt man von der Bevölkerungstheorie, die schon lange vor ihrem Erfinder Malthus gestorben ist, was gerade zu den Krampfen paßt, um den Unsinn wenigstens Nichtdenkenden glaubhaft zu machen, und schließt mit Fälschung der Entwicklung der Produktion, sowie mit ein paar Phrasen, ganz wie am Anfang.

So dürften, sagen wir, die Vorlesungen ausfallen, und so sieht der Inhalt der Bibliotheken aus, mit dem Unterschiede vielleicht, daß das Gebotene noch — leichter gehalten ist. Das dürfte genügen!

Damit aber auch der weibliche Theil des Volkes nicht verschont bleibe von den modernen Weggliedern mit geistigen Gaben, hat die „Dresdener Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ diese Arbeit übernommen. Die Vorträge, die auf der Generalversammlung des Vereins am 21. Oktober 1893 gehalten wurden, zeigen uns, welche Stellung der Verein einnimmt, und danach können wir urtheilen. Die Rednerinnen waren der Meinung, daß die Frauenfrage nicht einseitig eine Noth- und Brodtfrage, sondern vornehmlich eine Erziehungsfrage sei.

Dieser Verein will also Rechtschutz für Frauen und Mädchen in einer zu errichtenden Anstalt gewähren, gleichzeitig aber Vorträge über die Rechtsstellung

der Frauen und über Rechtsbegriffe halten lassen.

Nach obigen Grundsätzen auf dem Standpunkt des Bürgerthums stehend, kann der Verein nur bürgerliche Rechtsbegriffe den Frauen und Mädchen lehren. Die Frau des Fabrikanten, die entweder selbst oder durch eine Beauftragte Rechtsbelehrung ertheilt, kann der Arbeiterin doch keinen Rechtsschutz angedeihen lassen. Dem Bürgerthum ist die Ausbeutung Recht, jedes sie beschränkende Gesetz wird zu beseitigen gestrebt.

Welche Lehren können wir nun aus dem Vorstehendem ziehen?

Unsere Gegner sind sich wohl bewußt, daß sie die in unseren Reihen schon kämpfenden Genossen nicht mehr zu sich herüberziehen können. Sie versuchen es nun, sich Derer zu verschern, die Bewegung noch fern stehen. Diesem Theil des Volkes erscheint das, was ihm hier geboten wird, wirklich als eine Wohlthat. Diese Leute sehen nicht, daß unter dem Schafspelz der Wolf steckt. Erst wenn der Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen direkt und offen entbrennt, sehen Einige — keineswegs Alle — wenn sie gefolgt sind. Wichtig ist es ja, daß solche Bestrebungen und Mittelchen, wie wir sie gezeigt haben, nicht viel Erfolg erzielen können. Aber wir wollen den uns gewissen Sieg so schnell als möglich und auch mit möglichst wenigen Opfern erkämpfen, und daher müssen wir mit immer neuer Energie agitatorisch auf die indifferente Masse einwirken, d. h. also jenen Volks- und Arbeiterbibliotheken unsere Auffassung vom Volkswohl entgegenstellen. In der Organisation selbst (natürlich auch in öffentlichen Versammlungen) muß das, was die Agitation von Mund zu Mund nicht vermag, nachgeholt werden. Gerade die großen Zentralverbände sind in der Lage, jenem konfus und gefälschten Zeug des Dr. W. Böhmert durch die Marx'schen Theorien in Vorträgen, Vorlesungen und durch Bibliothekbenützung entgegenzuarbeiten. Gerade sie können die Frauen und Mädchen aufnehmen, ihnen Rechtsbelehrung ertheilen, und sie in das ganze Getriebe des wirtschaftlichen Lebens einführen. An dem Auszug, den wir oben von der Maulwurfsarbeit unserer Gegner brachten, mögen unsere Mitstreiter sehen, wie unendlich groß und weit das Feld ist, welches wir noch zu bearbeiten haben.

Ueber die Arbeiterverhältnisse im Staate New-York

berichtet die „Sozial-Korrespondenz“, aus welcher wir Nachstehendes wiedergeben wollen:

„Der Arbeiter im Staate New-York ist bei Weitem günstiger gestellt als in Deutschland. Der geringste Lohn für erwachsene Arbeiter ist durchschnittlich 1 Dollar (4 M.) täglich. Arbeiter, welche ein bestimmtes Fach erlernt haben, erhalten natürlich viel mehr. Der höchste Lohn für gelernte Arbeiter beträgt täglich ca. 2 1/2—3 Dollar. Berufstätiger beziehen entsprechend höheren Gehalt. Die Wochenlöhne der Komptoristen gehen herab bis zu 8 Dollar.

Wie in Europa, verdienen auch in Amerika kaufmännische Gehilfen oft viel weniger als gewerbliche Gehilfen, wahrscheinlich weil die wachsende Großindustrie immer mehr gelernte und geübte Handwerker braucht. Ein gelernter Schuhmacher in der Schuhfabrik unserer Fabrik verdient z. B. im Stücklohn wöchentlich 16—18 Dollar (bis 72 M.). Einzelne Fabrikanten sollen geringere Löhne zahlen, doch habe ich darüber kein Urtheil. Alle Handarbeiten und persönlichen Dienstleistungen sind hier sehr theuer. Man trägt daher auch meist

Gummikragen, um die Wäsche zu sparen. Bedienung gibt es in den meisten Familien überhaupt nicht, ebenso wie es kein Trinkgeld gibt. Die Stiefeln muß man sich selbst wischen. Fast jeder Arbeiter raucht hier aus einer kurzen Pfeife, wahrscheinlich weil Zigarren zu theuer sind. Eine Zigarre kostet 10 Cents, d. h. 40 J.

Die fertigen Kleider sind sehr billig. Einen anständigen, gut passenden Anzug kann man für etwa 11 Dollar (44 M.) kaufen. Nach Maß gemachte Anzüge sind dagegen außerordentlich theuer, weil sich eben nur Wenige solche anfertigen lassen. Der richtige Amerikaner läßt sich die Kleider gar nicht reparieren, sondern wirft sie weg, wenn sie schadhast sind, sobald er sie nicht selbst flickt. Wohnungen und Möbel sind hier ziemlich theuer, dagegen Lebensmittel und Feuerungsmaterial sehr billig. Die Ernährung des Arbeiters ist eine durchweg kräftige. Unter drei Mal Fleisch täglich thut es selbst der gewöhnlichste Arbeiter nicht. Seine Mahlzeiten sind ebenso gut, wenn nicht noch besser, als in mittleren und wohlhabenden Familien Deutschlands.

Der sogenannte Boardingpreis, d. h. was der Arbeiter für Wohnung, Kost, Feuerung und Wäsche zahlen muß, beträgt wöchentlich 4—5 Dollar (also 16—20 M.). Ich bezahlte früher 4 und gegenwärtig in einem besseren Boardinghouse 5 1/10 Dollar. Für 4 Dollar gab es zum Frühstück (7 Uhr) gewöhnlich zuerst Bratwurst mit Kartoffeln, Buchweizenpfannkuchen, Kaffee mit Brod und Butter oder Honig. Das Mittagessen (12 Uhr) bestand aus Braten mit Kartoffeln, auch zuweilen Suppe, Butter, Brod, Apfelmehlspeise oder anderen Kuchen und Kaffee, das Abendessen (6 Uhr) aus Bratkartoffeln, kaltem Fleisch, Thee, Butter, Brod, Käse, Gurken, Kuchen.

Der Arbeiter lebt jedoch nicht nur besser, sondern scheint hier auch gebildeter zu sein, als drüben. Das rege politische Leben, der freie ungezwungene Umgang mit Gebildeteren und der unentgeltliche Besuch selbst der höheren Schulen tragen viel dazu bei, ihn auf eine höhere Bildungsstufe zu bringen. Die vollständige politische und soziale Gleichberechtigung bewirkt, daß das Selbstgefühl und der Bildungstrieb der Arbeiter sehr gehoben wird. Schon die kleinen Arbeiterkinder beteiligen sich auf der Straße mit am Wahlkampf und erhalten daher schon in früher Jugend mancherlei Interessen.

Einer meiner Bekannten war neulich zur Aufnahme von Vermessungen in den Wäldern, ungefähr 10 Meilen von hier, und wohnte da bei einem Holzhacker, der zugleich ein kleines Stück Land bebaut. Dieser Mann hielt sich nicht nur verschiedene Zeitungen, sondern las auch mit Interesse den Bericht des Agrikultur-Bureaus in Washington und interessirte sich sehr für alle Neuigkeiten. Es ist eigentümlich, in einer solchen Gegend so viel Bildung zu finden. Weiter steht man, wenn man die Fremdenbücher durchblättert, bei den meisten Arbeitern eine ausgeschriebene Hand. Allerdings läßt die Orthographie viel zu wünschen übrig. Die sogenannte Schulbildung ist nur gering. Ein Schulzwang ist nicht vorhanden und die freien Schulen werden meist nur von Mädchen und Knaben unter 11 Jahren besucht.

Schon 5 Minuten vor 7 Uhr erkönt die Dampfpeife und die Büreauchefs halten darauf, daß die Arbeiter schon vor dem Schläge da sind. Der Lohn wird am Schluß der Woche berechnet und am Montag ausbezahlt. Die Häuser sind hier von Holz und ganz verschiedenartig gebaut und gefärbt, was der Stadt ein lebhaftes Aussehen gibt. In jedem Hause wohnt nur eine Familie. Die meisten Familien nehmen einen bis zwei Wohnungsmiether (sogenannte Boarders) auf.

Das Städtchen hat nur wenige Häuser von Stein. Außer den Fabrikgebäuden von Stein gibt es ein Klubhaus, wo die Turn- und Gesangsvereine ihre Versammlungen halten, ein Mademtegebäude, worin sich eine öffentliche Bibliothek, freie Schulen usw. befinden. Restaurationen gibt es sehr viele, aber natürlich nach amerikanischer Art, nur aus einer Bar bestehend, einem großen Schanktisch, an welchem man stehend Getränke genießt. Sonntags sind die Wirtschaften nicht offen. Der deutsche Arbeiter kommt hier leicht an den Trunk, wenn er nicht verheirathet ist. Die Versuchung zum Trinken ist sehr groß und wird hauptsächlich durch das sogenannte Treat-System, d. h. durch die eigentümliche Sitte des gegenseitigen Freihaltens, befördert. Nach dem Bürgerkrieg zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten wurde es Sitte, daß die Reichen jedes Mal, wenn sie in ein Restaurant kamen, die Armen mit Bier traktirten, und das ist heute noch so.

Wenn ein Wohlhabender das Schanklokal betritt, so gibt er für Alle eins aus, und man kommt daher oft in die Lage, mit ganz Unbekannten zu trinken. Unter Kameraden wird das System des Freihaltens ebenfalls angewandt, und da Keiner zurückbleiben will, so werden dann ebenso viele Gläser getrunken, als Leute mittrinken. Jeder gibt eins aus (d. h. eine Dage).

Dabei wird das aber nach echt amerikanischer Sitte immer stehend an der Bar getrunken. Nun sind oft an einer Hauptstraße mehrere Bars dicht nebeneinander oder gegenüber, und der eigentliche Amerikaner geht von einer Wirtschaft in die andere, bis alle durch sind, d. h. bis Jeder einmal bezahlt hat und dann geht es wieder von Neuem los. So richtige Amerikaner können oft drei Stunden an der Bar stehen und sehr viel trinken, ohne viel zu sprechen.

Wenn die letzteren Behauptungen zutreffend sind, dann sind die amerikanischen Arbeiter mit einem sittlichen Defekt behaftet, der auch einen Erklärungsgrund für die Rückständigkeit der Arbeiterbewegung abgibt. Ist es schon nicht schön von den Kollegen, sich traktiren zu lassen, so verräth es einen Mangel an Selbstachtung, Spenden Wohlhabender anzunehmen. Der Wohlhabende schmelzt ein paar Dollar von dem angeeigneten Mehrwerth auf den Tisch, um den ausgepreßten Arbeiter mittelst des Alkohols zu seinem Hanswürst zu machen. Nur Bedientenseelen sind empfänglich für Gnadenbroden, und rachsüchtig, wenn sie ihnen nicht reichlich geboten werden. Den Klassenbewußten Arbeiter bewahrt vor Stolz der Selbstschätzung vor derartiger Erniedrigung.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Am 24. Dezember trat in Wien der erste oesterreichische Gewerkschaftskongress zusammen. Seine vier Tage dauernden Verhandlungen nahmen im Wesentlichen folgenden Verlauf. Zum Kongresse haben 69 Vereine aus Wien 158 Delegirte und 125 Vereine aus den Kronländern Oesterreichs 112 Delegirte entsendet. Besonders stark waren die tschechischen Textil- und Bergbaugewerkschaften vertreten.

Der über die Gewerkschaften Oesterreichs erstattete Bericht bezeichnete dieselben als äußerst mangelhaft. In Wien stehen von 311,652 in den verschiedenen Branchen beschäftigten Personen nur 20,000, in der Provinz nur 11,320 Personen in der Organisation. Arbeitslosen-Unterstützung sei bei 65 Organisationen eingeführt; hierfür wurden im Jahre 1892 mehr als 26,700 Gulden ausbezahlt. Unentgeltlichen Rechtsschutz gewährten 105 Organisationen.

Ueber die zukünftige Organisation der oesterreichischen Gewerkschaften referirte Delegirter Smilka und bemerkte, daß bei Aufrechterhaltung der bisherigen Branchen-Organisation die Umgestaltung in der Weise vorgenommen werden soll, daß die verwandten Branchen in eine Industriegruppe vereinigt und auf diese Weise eine Zentralisation der Organisationen bewerkstelligt werden soll. Jede dieser Gruppen habe dann einen Vertreter für die Gewerkschaftskommission zu designiren. Der Wirkungsbereich dieser einzelnen Verbände wäre ein genau begrenzter. Insbesondere würde die Industriegruppe, welche einen Streik, zu dessen Führung die Kräfte der einzelnen Gewerkschaft nicht hinreichen, auf gemeinschaftliche Kosten durchführen können. Aufgabe der Gewerkschaftskommission sollte insbesondere die Gründung von Widerstandsfonds, die Errichtung von Arbeiterbüros und die Regelung der Fachpresse sein. In der Debatte sprachen sich einige Delegirte für die Föderalisierung der Organisation aus. Delegirter Höger erklärte, daß die Organisation der Gewerkschaften nach einzelnen Ländern durchgeführt werden sollte, wobei die nationalen Interessen berücksichtigt werden müssen. Die auf diese Art gebildeten Industriegruppen sollen in eine mächtige Reichsgruppe zusammengefaßt werden. Zum Zwecke der Organisation würde eine progressive Steuer vom Lohngulden eingeführt werden. Der Redner sprach sich auch für eine Vertretung der Arbeiter nach anderen Staaten aus, damit man über die Verhältnisse in diesen anderen Ländern einen Ueberblick gewinne und den Arbeitsmarkt kennen lerne. Außerdem müsse die Arbeitslosigkeit geregelt und das Zuströmen von Arbeitslosen in die Zentren verhindert werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion der Organisationsfrage sprach Begien (Hamburg) über die gewerkschaftliche Organisation Deutschlands. Diese Organisationen unterscheiden sich von den oesterreichischen darin, daß letztere lokaler Natur sind, während die deutschen zentralisirt sind. Die gewerkschaftliche Kommission wurde zur Unterstützung von Streiks so sehr in Anspruch genommen, daß es sich bald zeigte, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands noch lange nicht so vollkommen seien, daß von einer Zentrale aus die Organisation der Streiks in die Hand genommen werden könnte. Die deutschen Vereine seien durch die Vereinsgesetze schwerer belastet, als die oesterreichischen. Während in Oesterreich ein einheitliches Vereinsgesetz existire, gebe es in Deutschland in jedem Lande ein eigenes Vereinsgesetz.

Delegirter Rehl (Zürich) besprach die gewerkschaftliche Organisation der Schweiz, wo die Gewerkschaften die Politik bei Sozialdemokratie überlassen hätten, da sie nur auf rein wirtschaftlichem Boden stünden. Die Gewerkschaften der Schweiz hätten sich zentralisirt, und dies sei von günstigem Einflusse für die Streiks gewesen, da zahlreiche Streiks im vorhinein vermieden, andere wiederum durch gütlichen Vergleich mit dem Arbeitgeber beigelegt wurden. Hierauf sprachen sich nahezu sämmtliche Generalredner der Gewerkschaften für die Zentralisirung der Organisation in Industriegruppen aus, worauf die Anträge der provisorischen Kommission mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurden.

Ueber die zur Organisation der Gewerkschaften eingebrachten Anträge referirte Höger (Wien) und befürwortete folgende Punkte zur Annahme: Jeder, der sich als Sozialdemokrat bekennt, müsse auch der gewerkschaftlichen Organisation angehören. Frauen und Mädchen seien in die gewerkschaftlichen Organisationen einzubeziehen. Die Gewerkschafts-Kommission soll aus zehn Dele-

gärten der Wiener Gewerkschaften zusammengeführt werden und sich durch eine Sub-Kommission, welcher Vertrauensmänner der Provinzgewerkschaften anzugehören haben, ergänzen. Nach längerer Debatte wurden diese Anträge angenommen; der Kongress ging hierauf zu der Verathung des nächsten Punktes der Tagesordnung, „Streiks und Boykotts“, über. Die provisorische Gewerkschaftskommission beantragte: Jeder Streik wird an die Kronlands-Zentralleitung gemeldet, welche die Gewerkschaftskommission sofort zu verständigen hat. Nicht angemeldete Streiks verlieren, mit Ausnahme unvorhergesehener Fälle, den Anspruch auf Unterstützung; ebenso solche Streiks, die gegen den Beschluß der Gewerkschaftskommission veranfaßt wurden. Die Unterstützung wird aufgebracht durch sämtliche Organisationen zur Verfügung gelangende Blöcke. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der provisorischen Gewerkschaftskommission angenommen. Ein Antrag Korinek, daß der Gewerkschaftskongress für einen Generalstreik zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes und des Acht-Stunden-Tages eintrete, wurde auf Antrag des Metallarbeiters Beer (Wien) mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß die Gewerkschaften in Folge der Abstimmung leiden könnten, dem sozialdemokratischen Parteitag, der im Februar zusammentreten soll, zur weiteren Erledigung und Beschlußfassung überwiesen. Der Kongress nahm zum Schluß eine Resolution, betreffend das energische Eintreten für die Mai-Feier, und eine Protest-Resolution gegen den Ausnahmezustand in Böhmen einstimmig an.

Die genossenschaftlichen Schiedsgerichte in Oesterreich

erweisen sich nach Darlegungen der „Oesterr. Bauarb.-Ztg.“ in Wirklichkeit als Institute, wo der sein Recht suchende Arbeiter zum Besten gehalten wird. Bei genauer Erwägung der Gründe, welche die treibende Kraft bilden, daß Arbeiter die Intervention des Schiedsgerichts in Anspruch nehmen, muß es sofort klar erscheinen, daß in denselben überhaupt niemals — so lange die Zusammensetzung der Schiedsgerichte aus Arbeitern und Arbeitgeber besteht — etwas Unparteiliches geleistet wird. Denn alle Klagen, welche zur Entscheidung eingebracht werden, glücken darin, daß der geklagte Unternehmer so und so viel zu zahlen hat wegen Nichterfüllung der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungsfrist etc. Dem Unternehmer aber ist gerade in diesem Punkte nicht beizukommen, weil das Geld sein Abgott ist und die Machtbefugnisse des Schiedsgerichts sehr beschränkt sind. Die Zusammensetzung ist so, daß beide Parteien, Unternehmer sowie Arbeiter, gleich vertreten sind. Da außerdem noch ein Obmann nötig ist, so hat eine Partei um die Stimme des Obmanns mehr, was zur Folge hat, daß die andere Partei fortwährend in der Minorität ist. Und in den meisten Fällen ist eben ein Unternehmer Obmann und deshalb die Arbeiter im Nachtheil. Wenn auch dies Verhältniß umgekehrt sein würde, nämlich, daß die Arbeiter die Majorität hätten, so wäre nichts gewonnen damit, weil der Meister das Schiedsgerichtsamt nicht anzuerkennen braucht. Viele leisten überhaupt der schiedsgerichtlichen Vorladung keine Folge, sondern machen sich vielmehr über dieselbe lustig. Eine reine Kommode! Auch darf der Umstand nicht vergessen werden, daß die Unternehmer, welche im Schiedsgerichte fungieren, die Interessen der Unternehmer, dagegen die Arbeiter die Interessen der Arbeiter vertheidigen. Der Unparteilichkeit wird dadurch oft ein arger Stoß verfehlt, wenn nicht gar die Verhandlungen unmöglich gemacht werden. So werden in den Schiedsgerichten anfaß Streitigkeiten geschlichtet, neue angezettelt und die Kläger, welche mit Sehnsucht auf den Schiedsrichterspruch warten, werden nach langen nutzlosen Debatten einfach abgewiesen. Da nützen alle Paragraphen der Gewerbeordnung nichts, denn die Unternehmer sagen bloß: „Der Kläger wird abgewiesen!“ und damit basta.

Freilich steht dem Kläger sowie dem Beklagten respektive Verurtheilten immer das Beschwerderecht zu. Allein die Praxis lehrt uns schon längst, daß es nicht gleich ist, ob man mit der Klage bereits bei einer Instanz abgewiesen wurde oder nicht. Die Beamten in den magistratischen Bezirksämtern, welche

diese Fälle dann zum Austrage zu bringen haben, rechnen mit dem abweisenden Bescheid. Auch erlauben wir uns zu bemerken, daß diesen Beamten oft das nöthige Verständniß fehlt zur richtigen Beurtheilung gewerblicher Streitfälle, weil die Bestimmungen der Gewerbeordnung in diesem Punkte zu unklar sind. Ebenso steht fest, daß ein verurtheilter Mensch eher Wehrlut findet als der Nicht-Bestehende.

Die Schiedsrichter können beliebig von den Verhandlungen fernbleiben, denn es ist wohl nicht schwer, wenn man Geld oder einen Arzt als Freund hat, ein Parere, welches diese oder jene „Anwalt“ beständig zu erhalten. Es kommt daher auch vor, daß die Vorladungen ausgeschrieben wurden, die Kläger und Beklagten erscheinen, doch das Schiedsgericht ist nicht beschlußfähig; die Beute haben umsonst die Zeit veräußert. Paßt den Unternehmern das Schiedsgericht nicht, so legen sie ganz einfach ihre Funktion nieder, und es vergehen Monate, bis dasselbe wieder konstituit ist. Zugleich aber werden die Klagen aufgehäuft und die Kläger, welche auf die Erledigung warten, verzweifeln belohnt, daß dies niemals geschieht wird. Schlägt man den kürzeren Weg ein, d. h. will man während der Zeit, wo das Schiedsgericht nicht fungirt, eine Klage beim magistratischen Bezirksamt einbringen, so wird der Kläger an das Schiedsgericht gewiesen. Sagt man, daß dasselbe nicht fungirt, so heißt es: „Ja, das kann man glauben und auch nicht, bringen Sie eine Besätigung.“ Nun geht's zur Genossenschaft und der dort anwesende Beamte erklärt unter vielem Geschrei, daß man eine Besätigung nicht braucht, die Klage muß auf dem Amt auch ohne solche aufgenommen werden. Der in solchen Dingen unkundige Arbeiter geht wieder zum früheren Beamten; dieser verlangt die Besätigung und der Arbeiter hat keine. Aber ohne dieselbe nimmt man ihm die Klage nicht auf und wieder geht's zur Genossenschaft, wo endlich nach vielem Herumtrotzen ein Zettel ausgefolgt wird, worauf zu lesen ist, daß das Schiedsgericht nicht funktioniert. Erleichterten Herzens geht es wieder dem Gebäude zu, wo das magistratische Bezirksamt sich befindet, in der Hoffnung, endlich die Klage anbringen zu können. Doch jetzt ist es schon zu spät, die Amtsstunden sind bereits vorüber — das Bureau ist geschlossen. Nächsten Tag geht die Herumläuferin von vorne an; der sein Recht suchende Arbeiter muß Tage versäumen, herumlaufen wie ein gekehrtes Bild, um endlich, nachdem er überall lächtig angeschauzt wurde, wenn es gut geht, seine Klage anzubringen. Nicht viel besser geht es denen, welche direkt beim Schiedsgericht die Klagen einbringen. Der dort befindliche Beamte, ein Freund der Unternehmer — weil er von ihnen bezahlt wird — erzählt den klageführenden Arbeitern eine Menge albernes Zeug vom Ausgleichen mit dem Meister u. s. w. Gehn die Beute auf solches Geschwätz nicht ein, so bekommen sie alle Grobheiten zu hören, wie sie in einer der verrufensten Epelunken vorzukommen pflegen. Leiber lassen sich Viele behörden, gehen zum Unternehmer; und weil der sich naturgemäß auf einen Ausgleich nicht einläßt, geht es wieder zum Schiedsgericht. So geht es fort, bis es Manchem zu bumm wird und er überhaupt nicht mehr Klagen geht. Und dies wollen die Unternehmer erreichen.

Aus dem Ganzen ergibt sich, daß der Arbeiter, welcher vom Unternehmer geschädigt wurde, sehr schwer zu seinem guten Rechte kommen kann. Es ist daher nicht oft genug und eindringlich zu wiederholen, daß die Fach- und Gewerkschaftsvereine dem Ausbau des Rechtsschutzes ein größeres Augenmerk zuwenden sollen, als dies bisher geschehen ist.

Die Konferenz der Metallarbeiter Oesterreichs,

welche gelegentlich des Gewerkschaftskongresses einberufen wurde, hat am Montag, den 25. Dezember, stattgefunden. Genosse Egner eröffnete dieselbe um 3 Uhr Nachmittags mit einer warmen Begrüßung. Betreten waren: Der Verein der Metallarbeiter Niederösterreichs, Verein der Former Niederösterreichs, der Kupferschmiede Oesterreichs, Spengler, Bronzearbeiter, Gold- und Silberschmiede, Metallbrüder, Schmiede, Feilenhauer, Eisen- und Metallarbeiter Schlesiens, Salzburg, Oberösterreich, Stiermark, Wärrn, Prag, Budweis, Ortsgruppe Dornbirn, Auffs, Schän (Böhmen), Kupferschmiede Böhmen, Schlosser Brünn und die Ortsgruppen Königfeld, Brerau und Odrau des mährischen Vereines. Der fürnerrliche Verein hatte ein zustimmendes Schreiben gesendet. Ins Bureau wurden gewählt: Als Vorsitzende: Egner (deutsch), Wanek (slawisch), Schriftführer: Zinnburg (deutsch), Dandracet (slawisch).

Zum 1. Punkt, Reiseunterstützung, referirte Genosse Beer. Derselbe bedauert, daß die Vereine den Beschluß des ersten Verbandstages nicht eingehalten, kein Material hierzu gesendet haben, deshalb konnten wir keine positiven Berechnungen

anstellen, außer für Wien und Niederösterreich, auch diese seien mangelhaft, weil einige Branchen auf eigene Faust unterstützen. Für Wien ergibt sich per Monat Januar 8, Februar 12, März 23, April 27, Mai 22, Juni 28, Juli 16, August 21, September 26, Oktober 18, November 27 Reisende; in den auswärtigen Ortsgruppen vom 1. Januar bis 30. November 1898: Leobersdorf 28, Wr. Neustadt 48, Neunkirchen 27, Gßblasbrunn (im April stirbt) 2, Stoderau 22 Reisende, im Ganzen 860 Reisende, das ist im Durchschnitt per Monat 33. Einige Berufsorganisationen unterstützen nur ihre Fachgenossen; es gibt Vereine, welche gar keine Reiseunterstützung zahlen. Dies sei nicht gut und mache eine Besserung bringend notwendig, die Einführung des Kilometer-systemes sei ein Schritt nach vorwärts, dies mache eine zentralisirte Reisekasse notwendig. Der niederösterreichische Verein hätte bereits eine Reisekasse. Dies müsse aber von allen Verbandsvereinen gleichmäßig gesehen, damit können die starken die schwachen Vereine unterstützen. Er schlägt vor, per Kilometer einen Kreuzer zu bezahlen. An allen Orten, wo Verbandsvereine oder deren Filialen bestehen, soll ausgezahlt werden, wo noch keine bestehen, aber gereist wird, soll mit einem Genossen Uebererlommen getroffen werden, damit die Auszahlung übernimmt. Ein Ortsverzeichnis wird zusammengestellt und veröffentlicht. Er beantragt, jede Organisation zahle pro Monat und Mitglied 3 Kreuzer in die Verbands-Reisekasse, welche für alle Auszahlungen zu sorgen hat. Bei Abreise müsse, laut Reglement, das Mitglied im Buch Abmeldung eingetragen haben, damit ersichtlich ist, daß gegen das Mitglied nichts Nachtheiliges vorliege und die Organisation vor Uebervertheilungen geschützt ist. Jedoch sollen nur Verbandsmitglieder unterstützungsberechtigt sein.

Es entspann sich hierauf eine lange Debatte, an der sich alle Anwesenden beteiligten. Alle waren für das Kilometer-system, jedoch während die Einen 3 Kreuzer zu niedrig hielten, erachteten es die Anderen zu hoch. Es wurde auch der Antrag auf 2 Kreuzer gestellt, mit dem Vorschlag, als Provisorium bis zum Verbandstag, wo dann ein Fixum festgesetzt werden solle.

Die niederen Beiträge, welche bei vielen Vereinen bestehen, bilden ein großes Hinderniß und es wurde genugsam der Beweis erbracht, daß mit niederen Beiträgen gar nichts geleistet werden kann und die Organisation nichts zu erreichen im Stande ist. Nachdem der Antrag auf 3 Kreuzer mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt, wurde der Antrag auf 2 Kreuzer per Mitglied und Monat mit 29 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Beiträge in die Zentral-Reisekasse sind almonatlich pünktlich an das Sekretariat abzuführen und werden im Gefolge die ausgezahlten Reisegeelder gleich hiebon in Abzug gebracht. Die nichtzahlenden Organisationen müssen im Blatte („Oesterreichischer Metallarbeiter“) veröffentlicht werden. Nur Mitglieder von Verbandsvereinen sind bezugsberechtigt; strengste Ordnung ist einzuhalten. Arbeitsvermittlung und Herberge ist den Jüngeren nach Möglichkeit zu gewähren.

Ueber Hilfsfonds referirte Genosse Neugebauer, verwies auf deren Wichtigkeit und berichtete, was von der Wiener Organisation schon geleistet wurde; er warnt vor der Ausrede, daß die Mittel zu wenig und nichts gemacht werden könne; es müsse etwas gemacht werden, sonst können wir auch nichts erreichen.

Aus der darauffolgenden Debatte ging hervor, daß Hilfsfonds landesweise angelegt werden sollen, jedoch auch ein Zentralfond für größere Aktionen geschaffen werden muß. Die Fonds dürfen nicht nur für Unterstützung Gewerkschafter, oder als Agitationsfonds betrachtet werden, dies sei Sache der Vereine, sondern hauptsächlich als Widerstandsfonds, zur Durchführung von Streiks vorhanden sein. Streiks müssen wohl überlegt und systematisch durchgeführt werden; alle Anwesenden waren darin einig, daß so planlos wie bisher, die Sache nicht weitergehen dürfe; Streiks müssen nach Thunlichkeit früher angezeigt und berathen werden, ob eine festgesetzte Durchführung möglich ist, sonst können selbe nicht unterstützt werden. Für den Widerstandsfonds ist überall Propaganda zu machen, jede Provinz hat 1/3 von den Einnahmen an den Zentralfond abzuliefern. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 10 Stimmen angenommen, 2 haben sich der Abstimmung enthalten.

Ueber Organisation und Presse referirte Bischa; er berichtete über den Stand des Verbandes und beklagt, daß verschiedene Vereine noch gar keinen Beitrag geleistet haben, darunter leiden die Verbands-geschäfte sehr, sonst könnte schon mehr vom Verbande geleistet werden. Das Blatt schreitet rüstig vorwärts, es zählt jetzt eine Auflage von 8300 Exemplaren, und wenn die Genossen allerorts für dasselbe, das ja ihr Organ, ihr Eigenum ist, fröhlich eintreten, so wird dasselbe vorzüglich für die

Organisation zu leisten im Stande sein. Die Organisation in Böhmen lasse viel zu wünschen übrig, es herrsche dort eine Zerfahrenheit und Zersplitterung sondergleichen; trotzdem schon ein Landesverein und verschiedene Lokalvereine bestehen, sind schon wieder mehrere in Gründung begriffen und kann dies zu keinem guten Resultat führen. Unter diesem Chaos von Zersplitterung haben schließlich Alle zu leiden. Er hoffe auf ein solidarisches Zusammenarbeiten und baldige Besserung.

Genosse Beer berichtet über den geschäftlichen Stand des Blattes und konstatirt eine wesentliche Besserstellung, trotzdem das Blatt in vielen Organisationen, entgegen den wiederholten Beschlüssen, noch nicht obligatorisch eingeführt ist. Das Blatt hängt an, seine alten Schulden abzugahlen. Betreffs der Pauschalen müsse erst vorgegangen werden; jene Organisationen, welche ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, keine Pauschale abführen, sollen nicht mehr veröffentlicht werden; besser wäre es vielleicht für jede Zeile zu zahlen, weil der Vereinsangehöriger ja auch in der Druckerlei gezahlt werden muß. Die Reformen werden nur den Organisationen zu Gute kommen. Genosse Regnicel (Prag) erklärt die Nothwendigkeit des zentralisirten Organs, welches überhaupt von mehreren Seiten einer Kritik unterzogen wurde, daß es sich viel zu viel mit zweckloser Politik und Dingen, die überhaupt nicht in das Blatt gehören, befaßt.

Nach längerer Debatte und Aufklärung wurde allseitig anerkannt, daß eine Besserung in allen Dingen eintreten müsse, die nur durch zielbewußtes, energisches Arbeiten erreicht werden kann; dazu haben alle brüderlich solidarisches mitzuwirken. Die Konferenz wurde um 1 Uhr Nachts geschlossen.

Wir hoffen, daß alle Genossen in diesem Sinne wirken werden, daß die Konferenz nicht umsonst getagt hat und ein erspießliches Resultat daraus erwachsen wird. Darum vorwärts zu gegenständlicher Arbeit! Vorwärts im Interesse der Gesamtheit!

Bestiz und Korruption.

Der bekannte Ausspruch: „Die Politik verdirbt den Charakter“, ist insoweit zutreffend, als die Politik in letzter Linie nichts Anderes bedeutet als die Geltendmachung der Macht des Geldes. Der Ausspruch müßte lauten: „Der Bestiz verdirbt den Charakter.“ Und das ist in der That auch so! Doch keine Regel ohne Ausnahme, so auch hier.

Es wäre tieftraurig, wenn es nicht auch unter den Bestizern der Reichthümer edle Naturen gäbe, deren Herzensadel sie vor Ueberhebung bewahrt und mit der Noth und Plage ihrer Nebenmenschen Mitleid empfinden läßt. Doch derartige Naturen verlieren sich unter der Masse der Bestizer der Reichthümer; sie sind einflußlos und werden von ihren Klassengenossen als Sentimentale, die ihre Zeit nicht verstehen, oder als Narren gehöhnt und verlacht.

Wie ist diese Erscheinung zu erklären? Leben wir nicht in einem Zeitalter, das sich mit Vorliebe das christliche nennt? Verubt die christliche Religion nicht auf dem Fundamentalsatz der Nächsten- und Bruderliebe? Und doch hat diese Religion nicht vermocht, sich Anerkennung bezw. Befolgung zu erzwingen. Erzählte man uns als Kinder die Fabel, daß die Destillirung des Alkohols eine Erfindung des Teufels und seit dieser Zeit die Schaar der dem Satan Verfallenen Legion geworden sei, so könnte diese Fabel dahin Ergänzung finden, daß, seitdem der Laumel der Profitgucht, begünstigt durch die privatkapitalistische Großproduktion, die bürgerliche Gesellschaft ergrieffen hat, die Hölle nicht Alle mehr zu fassen vermag, denen die Anwartschaft auf dieselbe zusteht.

Recht die moralisirende Philosophie nicht die Veringschätzung des materiellen Bestizes? Vermißt sie den Verth des Menschen nicht nach seinem Geistesgaben, Herz- und Gemüthsbildung? Gan, gewiß! Und was sehen wir trotzdem? Was kümmert den Bestiz Moral, was Herz- und Gemüthsberedelung? Ueber dergleichen Dinge kann sich der Bestiz des Reichthums hinwegsetzen. Er kann sich Verthschätzung, Hochachtung erzwingen, weil er sich ein Heer sowohl der Arbeitskräften als wie der Spektakelredner und schwärzenden Bedientenseelen kaufen kann und laßt.

Wir sagen „kauff!“ In diesem einzigen Wort ist die Ursache von der korruptirenden Macht des Bestizes ausgedrückt. Wir können es ja, wir können es uns leisten, ruft der Proke. Was brauchen wir uns einen Genuß zu verlagern? Für Geld ist Alles feil. Es kommt nur auf die Höhe des Gebotes an; das ist die Moral des groß-sinnlichen Genußmenschen. Es ist die Geldsackmoral, die das gesammte Volkleben vergiftet hat, alle Sächten der Hebung in den Kreis ihrer Korruption gezogen hat. Wo kann in einer Gesellschaft Liebe und Achtung zum Nebenmenschen vorhanden sein, wo kann in einer Gesellschaft von Gleichberechtigung gesprochen werden, in der Einer

den Andern als Bereicherungsobjekt betrachtet und benutzt. Um den beabsichtigten Zweck zu erreichen, spielt in erster Linie die Macht des Besitzes. Der Mindermächtige nimmt seine Zuflucht zur List und Verschlagenheit; kein Mittel ist so schlecht und anrüchlich, das vor der Geldsackmoral keine Gnade fände. Da in der bürgerlichen Gesellschaft es ausgeschlossen ist — außer den geringen Ausnahmen gemachter Erfindungen — durch eigene Arbeit zu Reichthum zu gelangen, fragt die bürgerliche Gesellschaft auch nicht nach der Herkunft des Besitzes. Das Faktum genügt ihr. Und je höher der Besitz sich bezieht, desto höher steigt der Jubel in der Achtung der Gesellschaft. Die Werthschätzung des Individuums ist gleich der Höhe der Rente, über welche die Person verfügt.

Frägt aber die Gesellschaft nicht nach der Herkunft des Besitzes, so sind ihr auch die Mittel alle recht, durch welche man zu Reichthum gelangen kann, wenn sie nur nicht zur Kollisions mit dem Strafgesetz führen. Die gefahrloseste Methode, um Reichthümer aufzuhäufen, ist die Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Der heilslose Arbeiter muß seine Arbeitskraft verkaufen, will er sein Leben fristen. Dem Käufer der Arbeitskräfte fällt es doch gar nicht ein, den Verkäufer als einen mit sich gleichberechtigten Menschen anzusehen. Hochmüthig dünkt er sich über ihn erhaben, ist der Arbeiter auch noch so ein intelligenter und geschickter Mensch, ausgerüstet mit ausgezeichneten Sprach- und Geistesgaben. Alles kann sich der Geldsack dienstbar machen — kaufen. Vor der Arbeit Achtung zu verlangen, erscheint dem Bourgeois lächerlich. Gewaltige Maschinen, die nur der Reiche eignen kann, verrichten die Arbeit hundert fleißiger Arbeiter. Der vernunftbegabte Arbeiter ist von der wesenlosen Maschine verdrängt, er ist überflüssiger Ballast geworden, dessen sich zu entledigen die eintägige Verlegenheit ist, in der sich die bürgerliche Gesellschaft befindet.

Der Reiche, der Käufer der Arbeitskraft dünkt sich ein Wohlthäter der Menschheit und verlangt deshalb Anerkennung, Hochachtung und Dankbarkeit von Seiten Derjenigen, denen er das Leben erhält, denn mehr ist es nicht, was dem Arbeiter im Lohn verabreicht wird. Damit wird die Selbstachtung bei einem großen Theil des Volkes untergraben, die größte Korruption, der ein Volk verfallen kann.

Wo die Selbstachtung Abten geht, geht auch der sittliche Halt verloren. Die Bourgeoisie glaubt alle Rücksichten auf den Nebenmenschen abstreifen zu können. Und sie hat es durch die Macht des Besitzes in Form einer künstlichen Presse fertig gebracht, für diejenigen Handlungen, die zu verherrlichen selbst die Geldsackmoral schamlos finden würde, immer noch Entschuldigungsgründe beigebracht zu sehen. Geht dem Arbeiter die Selbstachtung verloren, so wird er stumpfsinnig, der Stumpfsinn artet zur Demoralisirung aus. Die Entwicklungsform der Besitzverhältnisse und die damit verbundene Korruption des gesammten Volkslebens haben einen geradezu gemeingefährlichen Charakter angenommen.

Giergegen gilt es Front zu machen. Und mit hoher Genehmigung können wir das Verdienst in Anspruch nehmen, die Gefahr erkannt und den Weg zur Besserung eingeschlagen zu haben. Die Gesundung der Zustände mußte von der Klasse der Abhängigen, der Ausgebeuteten, der Lästigen ausgehen.

Nach zur rechten Zeit hat sich ein Theil der Arbeiterklasse ermannt, der Korruption ein Ziel zu setzen und ihre Nährquelle zu verstopfen. Es war aber auch höchste Zeit. Die Entwicklung der privatkapitalistischen Großproduktion macht Riesenschritte. Sie marschirt im Sturmschritt. Dabei lag die Gefahr nahe, daß die Besitzübermacht die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse brechen würde, das heißt, durch die Degeneration der Arbeiterklasse in Folge der Entbehrungen sich thatsächlich des überflüssigen Ballastes entledigen könnte.

So viel Unheil aber auch die kapitalistische Korruption bereits angerichtet hat, die noch im Arbeiterstand vorhandene uralte Kraft und den damit im Zusammenhange stehenden Fonds stilkischen Bewußtseins hat sie nicht zu zerstören vermocht. Gewappnet und siegesfroh stehen die Truppen der Sozialdemokratie als Zentrum, um das sich täglich neue Schaaeren sammeln, der Korruption und damit dem Elend und der Noth ein Ende zu machen. Mit der siegreichen Durchführung des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse verschwindet der häßliche Schandfleck der Gesellschaft, — die Korruption — die Stinkbombe, gespeist von den Ausflüssen des mißheiligen Erwerbes.

Sonntagsruhe in der Metall-Verarbeitung.

Unter diesem Titel lesen wir in der „Eisen-Zeitung“:

„Am 24. Januar ds. Js. soll im Reichs-

amte des Innern eine Verathung mit beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern über die Sonntagsruhe in den Gewerbezweigen der Gruppe V der Gewerbestatistik — Metallverarbeitung — stattfinden, zu welcher seitens des Reichstagslers der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“, der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, der „Verein deutscher Eisenhüttenleute“, der „Verein deutscher Messingwerke“ (Athena), der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie“ je einen und der „Gesamtvorbund deutscher Metall-Industrieller zu Berlin“ drei Vertreter zu entsenden aufgefordert worden sind. In Betracht kommen für diese Gruppe 1. Eisengleisereien; 2. Emailwerke.“

Also auch bei diesen Verathungen werden die Unternehmer bevorzugt, indem die genannten Vereine offiziell beigezogen werden. Die Arbeiter, die beigezogen werden, werden wahrheitsgemäß wieder nach derselben Manier ausgewählt, wie bei den vorjährigen Verathungen über die Sonntagsruhe im Hütten- und Erubenbetrieb, statt sich an die Organisationen der Metallarbeiter zu wenden. Man wird wieder jene Elemente der Arbeiterklasse zu den Verathungen beigezogen, von denen man keine Unannehmlichkeiten zu erwarten hat. Und man hat auch alle Ursache, vorsichtig zu sein. Denn sonst könnte man herbe Wahrheiten zu hören bekommen darüber, welche Spiegelreflexion im deutschen Reich mit dem „Arbeiterthum“ getrieben wird.

Achtung Formier!

Die Lage der Nürnberger Formier ist seit Jahren eine schlechte, sie sind nicht zu beneiden. Trotzdem sie zum großen Theil im Tagelohn arbeiten, stehen sie in einem Verhältniß zu ihren Familien, daß sie nicht im Stande sind, dieselben richtig wie es sich für einen Arbeiter gehört, über Wasser zu halten. Obwohl nun die Organisation der Formier schon öfter Veranlassung gehabt hätte, gegen das rigorose Vorgehen der Fabrikanten Stellung zu nehmen, unterließen sie das selbe, da sie sich sagten, daß die wirtschaftliche Krisis es verhinderte, in irgend einer Weise gegen die Herren Fabrikanten aufzutreten.

Die Nürnberger Formiererschaft hatte schon länger davon Wind, daß der hier neugegründete Inoustrielle-Verein gegen sie ins Feld ziehen würde, und leider hat sich dies selbe in ihren Beziehungen nicht geändert. Am 2. Januar ds. Js. traten verschiedene Fabrikanten vor ihre Formier hin und erklärten ihnen rundweg, daß sie unter allen Umständen Akford arbeiten wollten. Die Formier sahen sich also veranlaßt, dagegen Stellung zu nehmen.

Das neue Akford-System in Nürnberg soll weiter nichts bedeuten, als die Wäue gewaltig herabzusetzen und die Arbeitszeit in einer Weise zu verlängern, daß die vor ungefähr 5 Jahren abgeschaffte Arbeitszeit wieder hervortreten würde, sie würde sogar noch bedeutender. Denn damals belief sich die Arbeitszeit auf 14—16 Stunden, es kam sogar vor, daß 18 Stunden gearbeitet wurde. Von Sonntagsruhe war gar keine Sprache. Da nun derartige Verhältnisse unter keinen Bedingungen heraufbeschworen werden dürfen, sehen wir uns veranlaßt, unsere auswärtigen Kollegen auf das Gebahren unserer Fabrikanten aufmerksam zu machen, und ersuchen zu gleicher Zeit, Zugug fern zu halten.

Mit genossenschaftlichem Gruß
Die Kommission der Sektion der Formier des D. M. V.
Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Alt- und Neugersdorf. Wieder sind wir in ein neues Jahr eingetreten. Werfen wir daher einen Blick auf das Verflissene zurück. Was die Verhandlung der Arbeiter bei den hiesigen beiden Firmen G. A. Moscher und Thiele u. Bindner anbelangt, so entsprach dieselbe ganz dem kapitalistischen System, besonders that sich die Firma G. A. Moscher hervor in Anschlägen, welche auf Schwächung des ohnehin schon sehr schmalen Verdienstes, wie auch auf Aneignung der persönlichen Freiheit des Arbeiters hinausliefen. Hier ein Bild: Zur Wäper konnte man sehen, wie Kinder ihren Eltern das Stückchen Brod durch das Thorgitter reichten! Sehr Vieles wäre noch zu erwähnen, ja ein ganzer Band würde sich ergeben, wollte man hier alle Klagen vorbringen. Von der Firma Thiele u. Bindner ist schon mehr berichtet worden, aber wir haben Neues hinzuzufügen. Am letzten Sonntag, Freitag, den 29. Dezember, brachte man es fertig, Arbeiter mit nur wenigen, in einem Saale sogar mit 24 „s, nach Hause gehen zu lassen. Dies trug sich so zu: Da es bei den heutigen schlechten Verhältnissen eine Kunst ist, mit den sehr niedriger Löhnen

auszukommen, so hatten sich einige Arbeiter Vorstoß geben lassen, welcher am genannten Freitag voll in Abrechnung gebracht wurde. Dies Vorkommniß redet deutlich; der Arbeiter aber kann sonst 14 Tage seinen Arbeitsverdienst in den Händen des Kapitalisten lassen, er darf sich nicht mühen, da ihm sofort mit der Hungerpeitsche gedroht wird. Nun, nur zu, auch das letzte geduldige Säuwlein wird noch „kürzisch“ werden. Arbeiter! Trete für den Metallarbeiter-Verband ein, denn nur durch Organisation können wir uns von dem Druck befreien und unsere Freiheit erringen. Geld daher unerschöpflich thätig und agilirt für den Verband.

Apoloda. In der am 30. Dezember v. J. stattgefundenen Versammlung wurde, nachdem die Ortsverwaltungsbeurtheilung über ihre Thätigkeit Bericht erstattet hatten, Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Als Bevollmächtigter wurde H. Weber, Schulbergstraße 22, wiedergewählt, begleitet von W. Bartusch als Kassirer, Mederhofstraße 1; als Revisoren wurden E. Schinzel, E. St. und H. Schöps gewählt. Die früheren Revisoren Strehle und Schlechte lehnten für dieses Jahr eine Wahl dankend ab. Im Weiteren wurde ein Antrag angenommen, der dahin lautet, den Altenburger Genossen zu erklären: 1) daß es nicht schän ist, in einer so gefährlichen Schreckenszeit gegen uns vorzugehen, und daß es 2. mindestens eine grobe Unwahrheit ist, wenn erklärt wird, wir hätten unsere Abrechnung nicht pünktlich abgeschickt. So lange wie der Verband besteht, sind wir stets unseren Pflichten dem Hauptvorstand gegenüber nachgekommen. Jedoch, wenn die Altenburger Genossen gar so pünktlich sind, so brauchen letztere nicht so weit in die Ferne zu schweifen, sie haben in ihrer nächsten Nähe, und zwar in Götting, Gelegenheit genug, auf Ordnung zu halten, indem die dortige Filiale schon eine ganze Zeit wegen Einsendung der Abrechnung vom Hauptvorstand gemahnt wird. Der Antrag, den Kollege Schöps stellte, in kurzer Zeit eine Metallarbeiter-Konferenz für Thüringen abzuhalten, wurde nach längerer Debatte mit 2 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Der Hauptgrund der Ablehnung war darin zu suchen, weil verschiedene Kollegen der Meinung waren, die Thüringer Filiale sind nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen zu können, denn durch die viele Arbeitslosigkeit, die auch unter den organisirten Kollegen herrscht, würden die Gelder zu etwas Anderem verbraucht. Zuletzt wurde noch vom Bevollmächtigten ein Antrag gestellt, den Arbeitslosen Meißner und Meier je 3 „s zu bewilligen, welcher einstimmig angenommen wurde. Kollegen Apoloda's, durch den Bericht des Bevollmächtigten habt Ihr gehört, daß unsere Filiale t. o. g. des schlechten Geschäftsganges hier am Orte nicht bloß dieselbe Mitgliederzahl behalten hat, sondern durch eine ganze Anzahl neuer Kollegen verstärkt worden ist, und das soll der größte Ansporn für uns sein, die Agitation mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen. Ich schlicke wiederum mit dem Wunsch: Thue Jeder seine Pflicht, dann werden auch die Früchte nicht ausbleiben, und dann werden wir solche Unterstellungen, wie von Seiten Altenburg's geschehen ist, noch viel energischer retournieren können, wie heute.

Augsburg. Am 23. Dez. v. J. hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende verlas aus der Nr. 43 bis 47 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ die Artikel zur deutschen Gewerkschaftsbewegung. An der Diskussion derselben beteiligten sich mehrere Kollegen und führten an, daß am Nürnberger Parteitag die Delegirten sich von den Genossen Auer, Weber und Regler zu viel vorreden ließen. Die Arbeiter seien mit Unterstellungen wohl besser heranzuziehen, aber der Egoismus werde dabei gefördert, wovor man sich verwahren müsse. Dann wurde der Antrag, daß die Bibliothek der hiesigen Filiale einem Kollegen protokollogemäß geschenkt wird, mit dem Vermerk, sie den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, mit 25 gegen 2 Stimmen angenommen. — Ferner werden Schlosser, Dreher und Spängler aufmerksam gemacht, daß sie in dem Emballage-Geschäft von Seele nicht anfangen, indem hier Zustände herrschen, die viel zu wünschenswert sind. So z. B. hatten die Arbeiter ihren Lohn bis Sonntag, den 24. Dezember, Mittags, nicht erhalten, sie wurden vertröstet, sie sollten später kommen.

Gröfeld. Situationsbericht. Endlich ist es Zeit, daß wir auch ein Lebenszeichen von uns geben. Die Beteiligte an unserer Filiale, welche wir im Juni 1893 gründeten, war im Anfang eine sehr rege, aber die wirtschaftliche Krisis, welche seit Anfang September hier herrscht, entzog uns viele Mitglieder, indem sie abreisen mußten. Wir haben hier hauptsächlich mit der Geküchtigkeit und Ungläubigkeit der Kollegen zu kämpfen; die Mitgliederzahl rekrutirt sich meistens aus jüngeren Kollegen. Es ist dies

war ein erfreuliches Zeichen, aber für den älteren und verheirateten Kollegen sollte dies als Sporn dienen, sich besser an unserer Bewegung zu beteiligen. Als Kollege Mohrloch auf einer Agitationstour Gröfeld beehrte und in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung referirte, konnten wir so recht sehen, mit was für Geldeskindern wir es hier zu thun haben, indem sich die Hirsch-Dunder'schen an ihrer Spitze das Generalratsmitglied Herr Moser, an der Debatte beteiligten. Nach den sehr gut gehaltenen Ausführungen unseres Kollegen Mohrloch meldete sich Herr Moser zum Wort, um unsere Bewegung in ganz gemelter Weise zu verdammen. Er griff zu den unläutersten Mitteln, um unsere fernstehenden Kollegen von unserer Bewegung fern zu halten. Hierauf ergriff Genosse Banghork das Wort, um den Herrn in einer trefflichen Weise bloßzustellen, indem er ausführte, wie er (Redner) in einer früheren Versammlung von den Harmonieaposteln, speziell von dem Herrn Moser, in einer schmutzigen Art und Weise angegriffen worden ist. Darauf verließ Herr Moser mit seinen Trabanten das Lokal, um späteren Entgegnungen unseres Referenten aus dem Wege zu gehen. Nachdem noch Kollege Mohrloch in trefflicher Weise das Thun und Treiben der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine beleuchtete und der Vorsitzende die Stellung des Herrn Moser skizzirte, und ihn als Selbsthämmer für reaktionäre Bestrebungen erklärte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die erschienenen Kollegen, sich recht zahlreich dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen. Die Mitglieder forderte er auf, die Versammlung selbst zu besuchen und ihren Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachzukommen.

Dresden-Neustadt. Am 12. Dezbr. v. Js. fand im Saale der „Stadt Leipzig“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Zum ersten Punkt hatte Reichstags-geordneter Seifert das Referat über „Die neuen Steuern und wer trägt sie“ übernommen. Redner schilderte in einleuchtender Weise, wie verderblich und ungerecht die indirekten Steuern sind, die auf die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse gelegt sind und welche durch statistisches Material, wie stark seit 20 Jahren die indirekten Steuern in die Höhe getrieben wurden. Weiter Seifert lobte seinen Vortrag. Zum 2. Punkt legten die Vertrauensleute ihren Jahresbericht vor; darauf erfolgte die Neuwahl derselben. Der bisherige Vertrauensmann, Gottschalk, wurde wieder gewählt und Kollege Krause als Stellvertreter. In Punkt 3 wurden die Kollegen Bohle, Rosenau und Hille als Revisoren gewählt. Hierauf wurden die Kollegen Gottschalk, Hille und Beckold als Gewerbegerichtsbeisitzer vorgeschlagen. Mit einem Appell an die Kollegen schloß der Vorsitzende die mächtig besuchte Versammlung.

Frankfurt a. O. In der Versammlung am 24. Dezember vor. Js. erstattete der Kassirer Hermann folgenden Bericht: Einnahmen: Bestand M 62,55, 387 Beitragsmarken M 56,56, 17 Eintrittsgeld M 5,10, 28 Reservefondsmarken M 4,20, 31 Delegationsmarken M 3,10. Summa M 181,50. Ausgaben: Reiseunterstützung M 32,10, Porto und sonstige Ausgaben M 2,40, an die Hauptkasse eingesandt M 50, Summa M 84,50, bleibt Bestand M 47. Bei Vorstandswahl gelangte der Antrag des Genossen Dorisch, dem Kassirer 4 Proz. zu bewilligen, zur Annahme. Gewählt wurde P. Nisch als Bevollmächtigter, Bauer als Kassirer, Gröbler, Hermann und Dorisch als Revisoren. Bei „Verschiedenes“ entspann sich eine längere Debatte. Zuerst gelangte der Antrag, unser Organ durch den Expedienten der „Volksstimme“ gegen ein Entgelt von 10 „s pro Quartal in die Wohnung bringen zu lassen, zur Annahme. Dann legte Genosse Kandel in zündenden Worten den Hied der Organisation dar, forderte zu lebhafter Agitation auf, die in Anbetracht hiesiger Verhältnisse sehr notwendig ist. Er kündigte ferner für die nächste Versammlung einen Vortrag über „Hirsch-Dunder'sche Gewerksvereine und moderne Arbeiterbewegung“ an. Ferner wurde zur Ueberbringung der Bücher und sonstiger Utensilien die Anschaffung eines Spindes besch. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende mit einem lebhaften Appell betreffs Agitation die Versammlung. — NB. Die Reiseunterstützung wird im Restaurant „Vorwärts“, Breitestr. 33, Abends von 6 1/2—7 1/2 Uhr und Sonntags von 12—1 Uhr ausgebezahlt.

Hagen. Am 31. Dezember vor. Js. tagte im Lokale des Herrn Haardt die Generalversammlung des D. Met.-Verb. mit der Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Mitglieder waren außer 3 Kollegen vollständig erschienen. Gewählt wurden die Kollegen Link als Bevollmächtigter, Frick als Kassirer, Schulte, Moser und Salzgeber als Revisoren. Zu Punkt 2 stand der Antrag: Gründung einer Bibliothek. Derselbe wurde angenommen und Kollege Lust als Bibliothekar gewählt und beauftragt, die Vorar-

beit zu übernehmen, so hatten sich einige Arbeiter Vorstoß geben lassen, welcher am genannten Freitag voll in Abrechnung gebracht wurde. Dies Vorkommniß redet deutlich; der Arbeiter aber kann sonst 14 Tage seinen Arbeitsverdienst in den Händen des Kapitalisten lassen, er darf sich nicht mühen, da ihm sofort mit der Hungerpeitsche gedroht wird. Nun, nur zu, auch das letzte geduldige Säuwlein wird noch „kürzisch“ werden. Arbeiter! Trete für den Metallarbeiter-Verband ein, denn nur durch Organisation können wir uns von dem Druck befreien und unsere Freiheit erringen. Geld daher unerschöpflich thätig und agilirt für den Verband.

beten hierzu auszuführen. — Hiernach fand zur Schlußfeier gemüthliches Zusammenfein statt.

Hamburg. Eine kombinierte Versammlung sämtlicher Sektionen des Metallarbeiterverbandes fand am 23. Dezember v. J. im „Dammthor-Gesellschaftshaus“ statt. Zur Abrechnung vom Arbeitsnachweis erhielt der Geschäftsführer Hemme das Wort. Die Entnahme für die Monate Juni, Juli, August, September, Oktober und November war M 603,49, die Ausgabe in derselben Zeit M 605,40; also ein Defizit von M 192,09. Dazu das alte Defizit von M 112, also ein Gesamtdesizit von M 174,09. Dem Geschäftsführer wurde Decharge erteilt. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag, das Defizit von dem eventuellen Ueberausch des Vermögens bei Hornhardt zu decken, die Restsumme prozentual auf die einzelnen Sektionen zu verteilen, angenommen. Vom Bericht vom Winterbergrüßen machte C. S. Brand bekannt, daß er eine vollständige Abrechnung nicht geben könne, da noch über 1100 Karten ausstehen. Schulz berichtet, daß die Verhältnisse sich mit den Arbeiten des Vergütungskomitees beschäftigt hätten, weil das Komitee mit den Kartellbeisitzern in Betreff der Zivildienstverweigerung und Keilner in Konflikt gerathen sei. Er fordert Aufklärung darüber. Kochhausen kritisiert scharf das Verhalten der Kommission und findet es unangenehm, wie alte erfahrene Leute herabgelassen werden können. C. S. Brand erwidert, daß wohl ein Fehler gemacht worden sei, doch sei derselbe zu entschuldigen, da bei Festsetzung des Lokals erklärt worden sei, es wären Vereinstummler. Er hätte nicht gewußt, daß mehrere Vereine hier existieren. Im Uebrigen sei es nur Vorbehalten von Kochhausen, die selbe gehe nur darauf aus, Madan in den Versammlungen zu machen. Nachdem ein Schlusstritt in dieser Sache angenommen, bemerkt Kochhausen peridullich, dies sei eine schwere Verleumdung gegen ihn, er habe stets seine Pflicht als Arbeiter gethan. Auch habe er das Vertrauen der Hamburger Schlosser noch nie mißbraucht, denn er sei seit 1888 fast ununterbrochen im Vorstand für die Organisation thätig gewesen. — Dann wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und da über das Gewergericht zu berichten, da zur ersten Wahlbehaltung auch die Schmiede und Werksarbeiter gehören. Das Weitere wurde den Vorständen überlassen. Bei „Uebertritt einzelner Mitglieder von einer Sektion in die andere“ wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß dies nicht anständig sei, weil dadurch persönliche Beziehungen Vorhanden geleistet würde. Es wurde sodann der Antrag: „Der Uebertritt von einer Sektion in die andere ist nur mit Genehmigung des Sektionsvorstandes gestattet“, angenommen. Von Delfinger wurde angefragt, ob Jemand im Stande sei, ihm Aufschluß über die verschwandene Sektion der Feinmechaniker und Optiker zu geben, damit der Vorstand in Stuttgart wieder zu seinem Material kommen könne. Nachdem dieses von Junge beantwortet worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kübra. In der Eble'schen Fabrik hier ist Alles auf Unterdrückung und Ausbeutung des Arbeiters gerichtet. Wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin 6—7 Minuten zu spät kommt, so werden 10 J abgezogen, aber dabei ist es noch nicht genug, es wird ihm auch noch der Lohn für eine Stunde mit 25 J in Abzug gebracht. Weiter verliert er die Hälfte seines Allokationszuschusses, genannt „Prämie“. Hat er die Woche 4 M „Prämie“, so verliert er 2 M davon; wegen Spätkommens also zusammen M 2,33. Einem Auftrager wurden einmal sogar 4 M abgezogen. Bei den Arbeiterinnen, die „Prämien“ erhalten, ist es gerade so, nur daß sie überhaupt weniger Lohn und geringere Prämien haben. Ihr Lohn ist 18 J pro Stunde, Prämie pro Woche M 1,05. Man sieht also, man kann ein fleißiger Arbeiterin, aber doch ein schlechter Lohnzahler zu sein und die Arbeiter mit Schimpfwörtern regalisieren. Trotz der schlechten Bezahlung klagen die Herren immer, als wenn sie schon am Hungerstich nagen müßten, aber ihr Aussehen ist noch nicht darnach. Dagegen müß es wohl nicht mehr lange dauern, bis hinter ihnen ein Wöhr hergeht, der den schwergeprüften Geldbeutel nachrägt, damit ihn die christlichen Herren nicht in der Tasche mitzuschleppen brauchen. Daß die Arbeitsverhältnisse so schlecht sind, daran sind die Arbeiter und Arbeiterinnen zum großen Theil selbst schuld, da sie nicht eintig sind. Was für Preise bezahlt werden, davon einige Beispiele. Ein Auftrager erhält für 100 Kilogr. 75 J, ein Brenner für 100 Stück 35 J „Prämie“. Ein Brenner stellt sich die Woche auf 17 bis 18 J und muß dabei 10 Stunden in einer kolossalen Hitze stehen. Die Klempner, welche ausheulen, haben für 1000 Stück Petroleumzylinder, welche knapp 100 Kilos wiegen, woran ein Arbeiter volle 6 Stunden framm arbeiten muß, 65 J. In der Klempnerwerkstatt erbliden Götze, welche im Bohrn arbeiten, 15 M, Andere im Allok 12 M. Daß es nicht

besser ist, daran sind die Speckelkeder schuld, die vor dem Unternehmertum niederknien und sich im Koch wälzen, wenn es verlangt würde. Diese sehen nicht ein, daß sie selbst geschädigt sind.

Ludwigswalde. Am 17. Dezember 1893 hielt die geistige Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre erste Generalversammlung ab. Da Genosse Hoffmann aus Berlin ersahen, um in einer öffentlichen Volksversammlung einen Vortrag zu halten, so erklärte er sich bereit, auch in unserer Versammlung einen Vortrag zu halten. Er hatte sich zum Thema seines Vortrages die „Organisationsfrage“ genommen. Redner kam zum Schluß zu der Ansicht, daß es Pflicht eines jeden Metallarbeiters sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren, da wir nur auf diesem Wege das Kapital zwingen können, dem Arbeiter einen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und in der Diskussion sprach noch Kollege Frenzel im Sinne des Referenten. Es dann schritten wir zur Wahl der Ortsverwaltung. Als Bevollmächtigter wurde Arnet, als Kassierer Feigentreu, als Revisoren Neuhans, Kraus und Frenzel gewählt. Nächste Versammlung Montag, den 15. Januar 1894.

Mannheim. Die hiesige allgem. Verwaltungsstelle des D. Met. Verb. hielt am 21. Dezember vor. J. in der „Zentralstation“ ihre Generalversammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich mit der Vorstandswahl und dem Jahresbericht. Bevor zur Wahl geschritten wurde, gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Da es im Interesse des Vereins nothwendig ist, daß die zu wählenden Personen ihrer Aufgabe voll und ganz nachkommen, so ist es statthaft, den zu wählenden Kandidaten von dem Posten des Revisors zu entbinden.“ — Es wurden gewählt: als Bevollmächtigter Wilh. Schneider, als Kassierer Joh. Jung, als Revisoren Fohs, Hag, v. d. Beck und Cyr. Schneider, als Schriftführer G. Kößing. Aus dem Kassierenbericht, der nur bis ultimo September verlesen werden konnte, weil die letzte Quartalsabrechnung noch nicht fertiggestellt war, ist folgendes zu entnehmen: Es gingen ein von Januar bis ultimo September Beitrittsgehalt M 34,20, wödenliche Beiträge 518,80, Einnahmen 50, Summa 598 M. Dem steht folgende Ausgabe gegenüber: Reiseunterstützung M 377,50, Unterstüßung nach § 20 86, Lokalausgaben 122,78, Summa 586,28, bleibt Bestand 61,72 M. Die laufende Nummer des Mitgliederverzeichnis war 291, wovon 37 als gestrichen, 2 als freiwillig ausgestreihen zu berechnen sind; dazu kommen noch 52 abgetretene Mitglieder, bleibt eine Zahl von 200 gegen 98 im Vorjahre. Läßt diese kleine Zahl von Mitgliedern in einer Industriestadt wie Mannheim auch viel zu wünschen übrig, so muß man doch in Betracht ziehen, was in dem letzten Jahre passiert ist. Das alte Jahr töte mit Entlassungen auf, das neue Jahr fing mit Entlassungen an. Hier war es zuerst der mit seiner Arbeiterfreundlichkeit prunkende Kommerzienrath Lang, der wider sein gegebenes Wort die Arbeiter auf Straßenpflaster setzte. Doch damit noch nicht genug, die Leute wurden gebrandmarkt. Sie wurden überall abgewiesen. Haite doch der Ratador des Fabrikantenvereins sich zu der Anußerung begeben, der Organisation den Garaus zu machen, denn dies Häußlein organisierter Arbeiter sei nach einigen Massenentlassungen bald auseinander gesprengt. Aber es war die geheime Kraft, die das Böse will und das Gute schiff. Dieses Häußlein hat sich verdoppelt, trotz der ungünstigen Geschäftslage, trotz der Maßregeln der Fabrikanten. Es fanden im verwichenen Jahre 25 Mitglieder-Versammlungen statt, die theils durch soziale Vorträge, theils durch lehrreiche Diskussionen ausgefüllt wurden. Außerdem fanden 2 öffentliche Versammlungen statt. Die erste war im Juli; dort sprach der Reichs- und Landtagsabgeordnete Genosse Treubach über die industrielle Lage in Mannheim. Die Versammlung war gut besucht und wir hatten einen Zuwachs von 80 Mitgliedern in dem Quartal zu verzeichnen. Die zweite öffentliche Versammlung fand im November statt; in derselben referirte Herr Dr. Marcuse über das Thema: „Die gewerblichen Krankheiten und besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.“ Leider war diese Versammlung nicht so besucht, wie es für einen derartigen Vortrag passen gewiesen wäre. Dennoch hatten wir auch in diesem Quartal die Aufnahme von 44 Mitgliedern zu verzeichnen. Sind es auch noch schwere Kämpfe, die uns bevorstehen, so sei doch unsere Lösung: Vorwärts, trotz allem und alledem!

Magdeburg-Buckow. Am 16. Dezbr. vor. J. fand im „Alten Deutschen“ eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Filiale Magdeburg-Buckow des D. M. V. statt. Nach der Annahme von Beiträgen und Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen und wurden durch Abstimmung gewählt: G. Gärtner als Bevollmächtigter, C. Woff als Kassierer, durch Stimmgittel als Revisoren: Woff, Kämpf, Gert und Brune. Auf Punkt 8 der

Tagesordnung stand das Referat: „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter.“ Daselbst habe der Bevollmächtigte Wärtner übernommen und entlegte sich derselbe seiner Aufgabe unter anerkennendem Beifall der Versammlung. Ferner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, die Metallarbeiter so zu organisieren, wie sie es jetzt nicht sind, hinweisend darauf, nicht auf Beschlüsse zu warten, sondern jeder Einzelne solle seine ganze Kraft einlegen, solle selber Agitator werden, n. B. er sich befinden, wo er wolle, dann werde es auch gelingen. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verbandsangelegenheiten, die dann geregelt wurden, nahm P. Michael das Wort, um der Versammlung die Zweckmäßigkeit des Arbeitsnachweises vor Augen zu führen. In der darauf folgenden Diskussion wurde seitens G. Gärtner, D. Krause u. A. der Vorschlag, Michael-Buckow hätte gegen den Arbeitsnachweis agirt, zurückgewiesen und richtig gestellt. Der Bevollmächtigte schloß die Versammlung mit dem Wunsche, im neuen Jahre noch thätiger für den D. M. V. einzutreten als bisher.

Mühlheim a. Rh. Am 4. Dez. v. J. fand eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Filiale statt, welche sich hauptsächlich mit dem Artikel der Nr. 47 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ beschäftigte. Das Resultat der sehr regen Diskussion war ungefähr folgendes: Es hält heute bei der schlechten wirtschaftlichen Lage schwer, die indifferente Masse zu einer Organisation heranzuziehen, wo ihnen nicht eine materielle Unterstützung in Aussicht steht. Besonders die Unfähigen, d. h. Solche, die nicht so leicht zum Wanderskab greifen, sind zum Eintritt in die Gewerkschaften fast nicht zu bewegen. In Folge dessen wäre es sehr an der Plage, daß die Mitglieder diese Fragen gehörig ventillirten, das Für und Wider gehörig auseinandersetzen. Auf der nächsten Generalversammlung könnte dann entschieden werden. Besonders wurde es für ein praktisches Agitationsmittel gehalten, wenn eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde. Daß die Beiträge dann erhöht werden müßten, wurde als selbstverständlich angenommen. Betont wurde besonders, daß Etwas geschehen müsse, um die Gewerkschaftsbewegung zu heben. — Am 18. Dezember fand die Neuwahl der Ortsverwaltung statt und ergaben sich bei der Wahl folgende Mitglieder hervor: Bevollmächtigter: Otto Weger, Freiheitstr. 12; Kassierer: Gottfried Schwib, Windmühlstr. 108; Brunner, Haas, Knauth als Revisoren. Leider war die Versammlung wieder schlecht besucht. Es wäre doch bald Zeit, daß die Arbeiter aufwachen, denn besonders hier in Mühlheim thut es noth. Unsere Versammlungen finden nach wie vor jeden Montag statt.

Höfneth l. Th. In der am 23. Dez. v. J. stattgefundenen Versammlung wurden W. Kündermann als Bevollmächtigter, E. Horn als Kassierer, E. Pflanz, R. Straube und G. Fischer als Revisoren gewählt. Ferner wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am 21. Januar abzuhalten mit Vortrag des Herrn Paul Erige, dann gewöhnliches Beisammensein. Alle Kollegen werden freundlichst eingeladen.

Sarstedt. Am 2. Dez. v. J. fand im Gasthause zum Mühlenkrug eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Zweck und Nutzen der Organisation und Gründung einer Filiale des D. M. V. Der Referent Görland aus Hildesheim legte den Anweiser dar, daß nur durch eine feste Organisation es möglich sei, die heutigen Lohnverhältnisse aufzubessern, die Arbeitszeit zu verkürzen und dadurch unsere Reservearmee von der Bandstrasse in die Fabriken zu bringen. Redner legte dann die Vortheile des D. M. V. klar und forderte Mann für Mann auf, dem Verbands beizutreten. Kollege Franz stellte den Antrag, hier eine Filiale zu gründen, was einstimmig angenommen wurde. Hierauf liegen sich 15 Mitglieder aufzunehmen. In der am 16. Dezember abgehaltenen Versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Former Matthias Zimmerle, Bevollmächtigter, Former Peter Wambold, Kassierer, als Revisoren Gehart, Wittenberger und Heinrich. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte die hiesigen Kollegen auf, treu zur Fahne zu halten, daß unser neues Werk nicht gleich wieder zu Grunde geht. Von den am hiesigen Orte beschäftigten ca. 200 Metallarbeitern gehören bis jetzt nur 40 dem Verbands an. Alle Entbungen sind zu richten an den Bevollmächtigten Matthias Zimmerle, Former, H. Benedig 297.

Zirndorf. Am 31. Dez. v. J. fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle mit der Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung und Verschickens statt. Der Bevollmächtigte Klampfer warf einen kurzen Blick auf die Zeit des Entstehens der Verwaltungsstelle und forderte die Genossen auf, unermüßlich für den weiteren Ausbau der Organisation thätig zu sein. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde die bisherige Verwaltung nahezu einstimmig

wieder gewählt, nämlich: zum Bevollmächtigten: G. Klampfer; Kassierer: S. Kernstock; Revisoren: Hebelmeier, Kühlein und Gersberger. Zu „Verschiedenes“ wurden lokale Angelegenheiten erörtert und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen. — Der am Neujahrstag abgehaltene Familienabend war sehr zahlreich besetzt und nahm den schönsten Verlauf.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Herrnberg. Am 30. Dez. v. J. hielt die Sektion der Schlosser und Maschinenbauer ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand unter Anderem auch der Punkt: „Verhältnissangelegenheiten“. Dabei wurden die Verhältnisse der „Victoria-Fahrrad Welt.“ von Frankfurter u. D. Tenstein von d. selbst beschäftigten Arbeitern besprochen. Danach hielten sich diese Verhältnisse als höchst mögliche dar. In genanntem Stabilissement wurde bis vor Kurzem zum größten Theile, seit neuerer Zeit jedoch jede Arbeit, in „provisorischem“ Allok ausgeführt. Die Allokation wurde nun gleichgültig mit dieser Einführung in der Weise herabgebracht, daß es nur einem ganz tüchtigen und eingesetzten Arbeiter bei unangesehener Anwendung aller seiner Kräfte möglich ist, einen geringen Ueberausch über den sehr mäßigen Lohngeld zu erzielen. Kommt es doch vor, daß Arbeiter ihren Allok mit 4, 5 und 9 J u. s. w. Mehrerdienst bei wirklich fleißiger Arbeit fertigstellen. Der Lohn steht in gar keinem Verhältnisse zu dem wirklichen Werthe der gelieferten Arbeit, und es ist auch auf die Dauer der Körper nicht im Stande, diese Abdrucker zu ertragen. Daß es nun noch Arbeiter gibt, die sich nicht schämen, diese erbärmlichen Zustände durch ihre unqualifizierbare Schufterel als gerechtfertigt erachten zu lassen, das beweist eben, auf welcher niedrigen Stufe so mancher Arbeiter noch steht. Es fehlt nur, daß bloß der wirkliche Verdienst ausbezahlt würde, was auch vor Kurzem probirt wurde, und diese Fabrik hätte in Bezug auf Ausbeutung die in der Nähe befindliche Draht'sche Fabrik abetroffen. Aber hoffentlich werden die Arbeiter sich diese Schläge vom Halse zu halten wissen. Mit der Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten J. D. und U. steht es ebenso schlimm; bei der geringsten Gelegenheit kann man die Thüre gewiesen bekommen, und ein Malheur darf dem Arbeiter gar nicht mehr passieren, sonst gibt es eine ganz empfindliche Strafe. Die Herren Vorgesetzten zeigen eben in ihrem Benehmen, daß sie als Goldknechte des Kapitals von den Arbeitern zu betrachten sind. Diese Herren fieden hohen Wochenverdienst (35 M) und Gratifikationen dafür ein, daß sie den Lohn des Arbeiters herunterdrücken. Daß die Fabrikleitung nicht Anstoß nimmt, die Arbeitslosigkeit zu vermehren, beweist, daß jetzt Fraiser, Bohrmaschinen und Dreher je zwei Maschinen versehen müssen, was bisher nicht der Fall war. Aus all' diesem ist zu ersehen, um Lutz auf das bezahlte, Lohngeld und Harmoniebusel athmende Inseerat in der „Fr. Tagesp.“ vom 15. November 1893 hinzuwirfen, daß der Ausdruck für die Herren Frankfurter und Ottenstein niemals gerechtfertigt erscheinen kann, und daß die Arbeiter nie und nimmer zu bedauern haben, daß solche Feste nicht öfter gefeiert werden. Denn es sind nichts Ural die Arbeiter, welche in Wirklichkeit die Feste bezahlen müssen, und wenn es am Feste selbst auch nur durch Stanzungen von ihrer Seite aus geschieht. Der Arbeiter braucht keine Gönner, er wünscht sich in der heutigen Gesellschaft höchstens humane Arbeitgeber und wollten dies die Herren Frankfurter und Ottenstein, sie wären nicht so bereitwillig einverstanden mit den maßlosen Allokabzügen von Seiten der genannten Vorgesetzten, hauptsächlich des neu eingefesteten Drehermeisters R. Und von den Einsendern des Inseirates wird verlangt, daß sie, wenn sie wieder die Lust verspüren, ihrem schwergeprüften und kankerfüllen Herzen Luft zu machen, eine wahrheitsgemäße Unterchrift beifügen, denn ein denkender Arbeiter auf der Höhe der Zeit wird sich entschieden dagegen verwahren, in dieser Unterzeichnung mit inbegriffen zu sein. Zum Schluß werden die Herren Frankfurter u. Ottenstein ersucht, den berechtigten Klagen ihrer Arbeiter Beachtung zu tragen und ihre Mitwirkung zur Gründung eines Arbeiter-Ausschusses, der es sich zur Aufgabe stellt, solchen für Arbeitgeber wie Arbeiter ungewöhnlichen Zuständen vorzubeugen, nicht zu versagen. Es kann bloß bei einer soliden Beziehung und anständiger Behandlung das Motto: „Solide Arbeit ist das beste Patent!“ Gültigkeit beanspruchen. Schreiber dieses sind der Meinung, daß dieses genügt, werden aber nicht ermangeln, die schreiendsten Verhältnisse öffentlich zu rügen, sofern keine Besserung eintritt. — Aus diesem Allen, Kollegen, müßt Ihr erkennen, daß unsere erste Pflicht es ist, immer mehr indifferente Arbeiter für unsere gerechte Sache zu ge-

winnen und sie zu tüchtigen Kämpfern der Arbeiterbewegung heranzuziehen. Denn nur die Arbeiter allein, in Erkenntnis ihrer Macht, werden sich menschenwürdiger Zustände erlangen.

Fellenhauer.

Abschiedsleben. Ein netter Herr ist doch der Fellenhauermeister Otto Brieger in Ascherleben; derselbe mühet seinen Gefellen allerlei Stücken zu, welche wohl einzig sind. So z. B. die Sonn- und Festtagsarbeit, Schnapstrinken in Kompagnie. Das Schönste bei diesem großartigen Meister ist das Verbot des Verkehrs mit anderen Kollegen bei den heißen Fellenhauerreisen. Nun war ihm aber zu Ehren gekommen, daß ein Kollege mit den anderen verkehrt hatte, worauf dieser „Verbrüder“ am Freitag Abend um 8 Uhr die so heißen Strohhelmen an den Kopf geworfen erhielt, wie z. B. Ausjung, Schwafkopf u. dgl., und solch Gefindel dürfte keine Minute mehr in seinem Hause haben, wobei er den Arbeiter so freundlich zum Hause hinausjohob. Der Arbeiter könnte nun humanen Herrn gerichtlich belangen, aber er hält es unter seiner Würde, mit so einem gebildeten Mann vor Gericht zu erscheinen. Deshalb wird dieser Mustermann den Kollegen allerorts zur Beachtung empfohlen.

München. Die Section der Fellenhauer und Schieferer hielt am 31. Dezember d. J. ihre Generalversammlung ab. Es wurden folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: als Bevollmächtigter J. Sommer, als Kassier J. Fackl, als Revisoren M. Ehringer, L. Marschall und Berghammer. Nachdem sämtliche Fellenhauer Münchens bis auf zwei Mann dem Verbandsangehörigen, wurde auch ein Versuch gemacht, daß die Schieferer sich unserem Verbands anschließen, was auch zum größten Theile gelang. Sommer erstattete Bericht über den Arbeitsnachweis vom verfloßenen Jahre und wurde einstimmig beschloßen, daß auch die Schieferer einen Arbeitsnachweis errichten. Wir machen sämtliche Schieferer aufmerksam, daß das Umklappen für München verboten ist und der Arbeitsnachweis der Schieferer bei Anton Berghammer, Rumpfordstr. 32, Hlg., 1. Aufg., sich befindet. Der Arbeitsnachweis der Fellenhauer ist wie bisher bei J. Sommer, Ledererstraße 12/IV, von Abends 6-8 Uhr, wofür auch das freie Nachtlager und Extragehälter für solche, welche vom Verbands nichts erhalten (Zugewanderte oder noch nicht Bezugsberechtigte), verabreicht wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bei dem Gegenseitigkeitsverhältnisse, wonach die Mitglieder ausländischer Organisationen in Deutschland nach den Statuten unseres Verbandes behandelt werden und nach diesen eventuell Reisegeld erheben können, hat sich ein Mangel herausgestellt, zu dessen Beseitigung wir Nachstehendes zu beachten bitten.

Der Mangel besteht darin, daß es den Reisegeldauszahlern nicht möglich ist, beim Uebertritt eines Mitgliedes von der ausländischen in die inländische Organisation (und umgekehrt) festzustellen, ob und eventuell wie viel Reisegeld der Betreffende schon früher im selben Jahre von der eigenen Organisation erhalten hat.

Wenn es der ausländischen Organisation im Großen und Ganzen gleichgültig sein kann, wie viel Reisegeld der Uebertretende in Deutschland erhalten hat, so empfiehlt sich zum Schutze gegen diejenigen Reisenden, die auf Unterstützung ausgehen, eine strengere Beachtung der im anderen Lande erhobenen Reisegeldbeträge; denn wenn dies nicht geschieht, kann ein Reisender, nachdem er in einem Lande ausgeübert ist, zum Verbands des anderen Landes Ubertreten und nachdem dort d. s. l. e. Ereigniß eingetreten, in die erste Organisation zurückkehren und von Neuem beginnen. Es ist klar, daß diese Lücke in den internationalen Vereinbarungen nur den „professionellen“ Reisenden zu Gute kommt und deren Zahl zu steigern geeignet ist, was keineswegs ein Vortheil für die Organisation sein kann.

Wir empfehlen daher den Reisegeldauszahlern für künftighin folgende Handhabung:

Jedes von einer ausländischen Organisation Ubertretende Mitglied erhält nach den bisherigen internationalen Vereinbarungen und den jeweiligen statistischen Bestimmungen ein Mitgliedsbuch des eigenen Verbandes angeheftet und ist in dasselbe sowohl die im vorigen Lande als die im Auslande erhobene Reisegeldsumme vorzutragen.

J. B. beim Uebertritt eines Mitgliedes vom Oesterreichischen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ist in die erste Rubrik der „Reisegeldvermerke“ einzutragen:

Zubehör erhält vom .. ten ... 18.. bis zum Uebertritt in den Deutschen

Metallarbeiter-Verband an Reisegeld vom Oesterreichischen Verband in Summa fl. .. Kr.

Datum, Ort, Stempel, Unterschrift. Bei einem späteren Uebertritt in die Oesterreichische Organisation würde die Eintragung des Oesterreichischen Beamten in das Oesterreichische Buch wie folgt lauten: „Zubehör erhält in Oesterreich vom .. ten ... 18.. bis .. ten ... 18.. an Reisegeld .. fl. .. Kr. in Deutschland vom .. ten ... 18.. bis .. ten ... 18..“

Datum, Unterschrift, Ort, Stempel. Kehrt der Reisende dann wieder nach Deutschland zurück, so kann der deutsche Auszahlung sofort sehen, ob der Uebertretende weiteren Anspruch auf Reisegeld in Deutschland machen kann oder nicht.

Bei den Eintragungen sind nur die Reisegeldbeträge in Betracht zu ziehen, die nach den jeweiligen statistischen Bestimmungen in Rechnung zu ziehen sind und diese nach den Statuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nur die Summe der in den letzten 12 Monaten erhobenen Reisegeldbeträge in den Eintragungen enthalten sein.

Sobann machen wir darauf aufmerksam, daß mit Ablauf des Jahres wieder eine dreimonatliche Abrechnungsperiode schließt. Hinsichtlich der Aufstellung, der Revision derselben u. dergleichen wir auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Verbandsreglements für die Ortsvereine und Vertrauensmänner.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Mitgliedschaften und Kollegen, die seiner Zeit Protokolle der ersten Generalversammlung in Wien bezogen, oder die von hier bezogenen später zum Vertrieb übernommen haben, umgehend über dieselben abzurechnen (so weit dies noch nicht geschehen) und zwar in der Weise, daß sie uns sowohl den Bestand der Ueberkauften sowie die genaue Zahl der verkauften Protokolle angeben, und soweit dies noch nicht geschehen, umgehend den dafür gelübten Geldbetrag einsenden, da mit die Abrechnung über die Protokolle abgeschlossen werden kann.

Die neuen Abrechnungsergebnisse werden, nachher noch in der ersten Hälfte des Jahres zu vollziehender Neuwahlen von Ortsvereinen und Vertrauensmännern wegen, sehr wahrscheinlich erst am Ende des Monats Januar erscheinen, jedoch bitten wir, uns die Abrechnung baldmöglichst mitzutheilen, um eine frühere Herausgabe zu ermöglichen. Alle nach dem 15. Januar eingegebenen Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und anzufachen:

- Nr. 11831 des Fellenhauers Oswald Zehner, geb. zu Reimscheid am 18. April 1869.
Nr. 39913 des Schlossers Albert Krebs, geb. zu Brunnal am 28. Mai 1853.
Nr. 42047 des Drechers Jakob Sander, geb. zu Waing am 22. Nov. 1868.
Nr. 51483 des Eisendrehers Max Salowatzky, geb. zu Schönau am 17. Februar 1868.

Der bisherige Vertrauensmann von Sagan in Schlessen, der Schlosser Robert Krause, geb. zu Briesen in Schlessen am 17. Januar 1861, ist unter Mitnahme der von ihm verwalteten Verbandsgehälter, in Summa zu M. 17, 1/2, zurückgezogen. Derselbe ist, sofern er sich irgendwo meldet, sofort dingfest machen zu lassen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Vereine fern zu halten: Fellenhauer von Conabrad, Former von Berafeld, Klempner von Altenburg, S.-A., Reuben v. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von der Firma F. G. Barthels in Chemnitz, Mannheim, Helmstedt, Metallarbeiter von Pterlohn u. Mangler von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Sendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, 1,

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommisionenmarken ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Abrechnung von der Hauptkassa pro Dezember 1893.

Einnahme. Kassenbestand Ende November 1893. Beitrittsgeld und Beiträge: Offenbach a. M. 90. Cannstatt 50. Altwasser

l. Schl. 25,50. Finsterwalde 45,55. Nürnberg, F. Wagner 70. Ghrberg 1. B. 3,95. Leisig-Dr. 185. Suhl 25 10. Gütrow 1. M. 24. Nürnberg, Metzger 90. Mannh. im 50. Holzern i. S. 35. Freiburg i. S. 50. Dresden-A. 284,15. Durlach 84,60. Duisburg a. M. 82,75. Dresden-Neust. 144,40. Leipzig-West 176. Hamburg, Saloff 126,80. Radeberg i. S. 70. Eilenburg 55,15. Lissa: Dorf 800. Isehoe 25. Meerane 17,80. Nürnberg, Former 80. Altona, Saloff 97,50. Frankfurt a. M. 100. Bismarck 71,70. Fähr, Solager 64,15. Magdeburg-Budau 75. Oberhausen 29,10. Meinersdorf 51,60. Neumied 4. Zell i. W. 25,35. Schlichting 1. Dörmshorst 28. Flensburg, Klempner 51. Nachen 50. Eßlingen, Fellenhauer 20. Chemnitz, Fellenhauer 50. Mannheim, Spengler 7,40. Oberdorf 42,70. Ehrenfeld 80,29. Saalfeld 90,50. Heidenheim 10,80. Bodenheim 85,50. Glückstadt 11,50. Apentrad 12,50. Rottweil 13,40. Wiesbaden 80. Oberrad 28,60. Lössau i. S. 53,33. Breslau 75. Magdeburg-Eilenburg 82,50. Limbach i. S. 40. Cannstatt 40. Eßlingen 70. Leipzig-Bentr. 100. Berlin-N. 40. Zeulenroda 29,60. Rüstenaalbe 18. Sa. burg 90. Altenburg 119,70. Pinnerberg 15,70. Stuttgart, Blaschener 125,29. Dresden A. 250. Wittweida 85. Steinbach b. Van Biederstein 9,4. Bismarck 14. Witten 95,60. Aue i. S. 281. Altona, Klempner 89,50. Frankfurt a. O. 42,70. Hamburg-Warmbeck 51,10. Fähr, Saloff, er 88,10. Nürnberg, Saloff 178,50. Augsburg, Fellenhauer 18,50. Turtin, en 62,40. Breslau B. Sch. 5. Sudenwalde D. J. 17,20. Gevelsberg A. S. 6. Einzelmithglieder der Hauptkassa 23,88. — Eingegangene Gelder ohne Angabe woher: Bodum i. W. 100. Düsseldorf Deierdorf 50. Oppeln i. Schl. 9,50. Chemnitz 600. Apentrad 0,80. Gerasmühle 5,25. Bant b. W. Helmshaven 172. Aue i. S. 89. Braunschweig, Klempner 60. Siegburg 90,55. — Delegirtenmarken à 25 J: Altwasser i. Schl. 1,50. Ulm 1,25. Dresden-A. 5. Durlach 2,80. Dursburg 1,50. Dresden-N. 6,50. Leipzig W. 7,20. Hamburg, Saloff 16,40. Eilenburg 2. Meerane 1,20. Altona, Saloff 1. Bismarck 4,50. Magdeburg-Budau 10. Oberhausen 1,10. Zell i. W. 1,10. Flensburg, Klempner 1,80. Chemnitz, Fellenhauer 2,20. Mannheim, Spengler 0,50. Oberdorf 4,30. Ehrenfeld 1,50. Heidenheim 1,60. Bodenheim 10,10. Glückstadt 0,70. Apentrad 0,70. Oberrad 2,30. Lössau i. S. 1,80. Breslau 10. Magdeburg-Eilenburg 3. Limbach 4. Eßlingen 25. Berlin-N. 4. Zeulenroda 1,10. Rüstenaalbe 2,90. Altenburg 24,40. Halle, F. W. 2,90. Pinnerberg 0,90. Stuttgart, Blaschener 3,90. Altona 4,50. Bodenheim 0,70. Witten 4,50. Frankfurt a. O. 3 10. Hamburg-Warmbeck 0,30. Fähr, Schläger 8,40. Eilenburg, Fellenhauer 0,40. Turtlingen 3,10. Einzelmithglieder der Hauptkassa 68,20. — Reserverfondsmarken à 15 J: Altwasser 1. Finsterwalde 6,75. Nürnberg, F. Wagner 9,90. Freiburg i. Schl. 1,05. Ulm 1,35. Dresden-A. 6,75. Durlach 4,05. Duisburg 2,25. Dresden-N. 7,65. Leipzig-W. 7,33. Hamburg, Saloff 24,75. Eilenburg 2,85. Meerane 0,90. Altona, Saloff 1,50. Magdeburg-Budau 14,25. Zell i. W. 1,65. Flensburg, Klempner 2,40. Chemnitz, Fellenhauer 3,15. Mannheim, Spengler 0,60. Oberdorf 5,70. Ehrenfeld 2,10. Heidenheim 4,05. Bodenheim 16,35. Glückstadt 0,90. Apentrad 1,05. Oberrad 3,60. Lössau 3,60. Breslau 15. Magdeburg-Eilenburg 4,50. Limbach 6. Eßlingen 52,50. Berlin-N. 6. Zeulenroda 3,15. Finsterwalde 5,70. Altenburg 34,95. Halle F. W. 3,60. Pinnerberg 1,35. Stuttgart, Blaschener 5,10. Bodenheim 9,75. Bismarck 1,05. Witten 6,30. Altona, Klempner 6,75. Frankfurt a. O. 4,20. Hamburg-Warmbeck 0,30. Fähr, Schläger 12,90. Augsburg, Fellenhauer 1,05. Turtlingen 4,50. Einzelmithglieder der Hauptkassa 117,75. — Extramarken: Dresden-N. 0,30. Leipzig-Bentr. 9,10. Zell i. W. 1,40. Chemnitz, Fellenhauer 2,80. Finsterwalde 0,20. Nürnberg, Saloff 1,50. Einzelmithglieder der Hauptkassa 0,20. — Sonstige Einnahmen: Lokalkassa Durlach 40. Bodenheim 34,58. Eßlingen 50. Altenburg 100. Heidenberg, zurückgezahlter Mitgliedsbeitrag 5. Sulzbach, M. M. zurückgezahlte Unterstützung 5. Fähr 11. Erbsbücker 2,20. Bezüglich Porto 47,92. Protokolle 45,40. Summa M. 439,59.

Ausgabe: Metallarb. Zeitung M. 3496,70. Druckarbeiten 1454,95. Buchbinderarbeit 50. Kaufschuttskapital 11,05. Gehalt der Bureaubeamten 450. Hilfsarbeiter 225. Bureauwirthschaft nebst Bedienung 80. An den Aus-

schuß 100. Entschädigung für die unbefolgte Vorstandsmithglieder 80,40. Kgl. Station 174,95. Unterstützung nach § 20 10. Sachliche Ausgaben 86,84. Porto 85,55. — Zusätze an die Zahlstellen: Halle 50. Ulm 80. Uelzen 50. Bamberg 50. Pof 50. Magdeburg 100. Würzburg 50. Danabrad 80. Meise 25. Heilronn 60. Bries 80. Bayreuth 100. Bonn a. Rh. 65. Summa M. 7008,84.

Bilanz: Einnahme M. 439,59. Ausgabe M. 7008,84. Kass. Bestand M. 2433,25. Eingegangene Gelder für die ausgegebenen Marken der Generalkommision: Altona, Fellenhauer M. 2,50. Rastel 2,20. Cannstatt, Reffelschmiede 0,20. Freiburg i. W. 0,40. Wassen N. O. 3,60. Weiz 2,90. Mannheim, Spengler 0,10. Saalfeld 9,50. Bodenheim 0,50. Uelzen 2,50. Altona, Klempner 3,70. Summa M. 28,0.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. (G. S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkassa pro Dezember 1893.

Einnahme. Kassenbestand ultimo November M. 177,059,77. Von Altona 150. Altona 150. Altona-Neustadt-Magdeburg 50. Altona 200. Ankers 100. Aue 100. Barmbeck 100. Barop 100. Bismarck 100. Bismarck 50. Berlin 1 200. Berlin II 600. Berlin VII 200. Berlin IX 300. Bismarck 50. Bodum 150. Chemnitz 450. Cöln (Eld.) 150. Cöln-Vertheim 45. Coita 100. Dörmshorst 100. Dörmshorst 100. Drubien 100. Drey 250. Eßlingen 90. Doss 140. Dörmshorst 150. Dresden-N. Stadt 800. Dursburg 500. Eßlingen 75. Eilenburg 80,77. Eilen 200. Fienburg 800. Hltingern 200. Finsterwalde 50. Wajzenau 100. Gorbiz 150. Halle a. d. S. 200. Hamburg-St. Georg 180. Hamburg-Weddel 180. Hamu a. d. S. 400. H. Spe 1 0 Hausen 40. Ingolstadt 120. Jäumerpiel 50. Jechhausen 150. Leipzig 200. Limbach 35. Limburg 80. Pinnerberg 100. Magdeburg 100. Wittenlingen 100. Mühlhausen i. Th. 240. Mühlheim a. M. 60. Neckarau 100. Neheim 50. Nippes 70. Oehringen 50. Offenbach 160. Danabrad 300. Pflaen b. Dresden 50. Rüstenaalbe 50. Saargebiet 60. Schleich 85. Schöneberg 100. Eilen 50. Spandau 200. Trossdorf 850. Weibert 40,45. Waldschaff 40. Weisenau 35. Werau 10. Wittbergen 60. Witten 200. Wittenberg 88. Zeitz 100. Beiträge von einzelnem Mithgliedern 555,50. Von Berufsgenossenschaften 178,41. Zurückgezahltes Krankengeld 8. Vergütung an Porto 85,87. Sonstige Einnahmen 1. Sa.: M. 188,393,95.

Ausgabe. Nach Annweiler 40. Ascherleben 40. Aßeln 50. Bamberg 60. Baumberg 50. Beck 120. Bergerdorf 800. Bergen i. B. 40. Berlin VII 800. Bessungen 50. Bismarck 50. Bül 100. Bodenheim 500. Bodenheim 250. Braunschweig 600. Bries 50. Brunnal 40. Coitbus 50. Dalkorf 75. Darmstadt 160. Dessau 50. Dietrichsdorf 200. Dörmshorst 36. Ehrenfeld 150. Eilen 50. Eßlingen 100. Eßlingen 100. Erfurt 100. Eßlingen 150. Eßlingen 150. Fienburg 100. Finsterwalde 100. Frankfurt 250. Freiburg i. W. 100. Friedrichstadt-Magdeburg 200. Fulda 100. Gersheim 100. Giepen 200. Gashütte 50. G. und (Schwabisch) 150. Grafenberg 100. Großenbaum 50. G. o. G. Reinheim 50. Halberstadt 70. Haltern 75. Hamburg-Neuhof 100. Hanau 200. Harburg 100. Harshausen 150. Heidenberg 200. Heilheim 50. Heimarath 50. Hockberg 50. Hockst a. M. 80. Hörde 200. Humboldt-Rolante 200. Jertlohn 100. Isehoe 80. Kaiserlautern 300. Klein-Ottensleben 50. Königberg 900. Konstantz 100. Laar 150. Landsberg a. d. W. 60. Langen 50. Linden 100. Lössau 100. Ludwigsbach 100. Mainshaff 100. Mannheim-Lindenhof 500. Marburg 50. Marzen 150. Memel 75. Merseburg 80. Mühlheim a. Rh. 100. Mühlheim a. d. M. 150. Menden 50. Niederschönau 100. Oberhausen II 50. Oberbil 60. Oberrad 10. Oberthausen 100. Offenbach a. M. 500. Ope 30. Ostersheim 60. Peine 50. Petersberg 50. Pinnerberg 60. Pinnerberg 160. Reichelsheim 80. Reimscheid 250. Reinsdorf 200. Reinslingen 130. Reinslingen 200. Reinspar 250. Reinslingen 200. Rothe 165. Schafte 300. Schandbrunn 50. Schöneberg 50. Schweinfurt 400. Schwerte 100. Schwen 40. Solingen 159. Spidorf 100. Speyer 100. Steele 325. Straßdorf 50. Straubing 100. Stuttgart 60. Söndenburg 600. Turtin 50. Torkelow 30. Uffenheim 50. Untergrombach 100. Unterliederbach 50. Urberach 100. Walzer 200. Weimar 100. Westhofen 50. Witten 250. Witten 250. Wittenberg an: C. Anshewski, Barnstorf M. 9,40. C. Belke, Iden 29,33. G. Friedlin, Schlichtenhau 29,20. J. Funke, Barnstorf 22,20. R. Gobel, Ranne 89,95. W. Gölde, Bruch

25.85. G. Hansen, Koppeln 54.05. G. Haase, Mühlhausen i. T. 11.75. G. Sahn, Plauen i. V. 23.20. G. Haupt, Gährrow 14.10. A. Hellweg, Schäß 21.15. E. Hauber, Oberboilingen 55.50. W. Zehberger, Wüdnshelm 28.20. G. Jessen, Lauenburg 9.25. J. Kainza, Wenschan 61.10. M. Klug, Warborn 35.25. A. Kolb, Kuppenheim 14. A. Kaskowatz, Goltshausen 25.85. W. Müller, Soy bei Dattlingen 84.80. F. Wahl, Göttinghausen 7.05. D. Marcus, Wellerbach 87.60. M. Mahrstedt, Stendal 4.75. A. Petermann, Raumheim 9.40. J. Philipp, Dillhausen 42.55. M. Reichenberg, Bünen 85.15. J. Rüstmann, Wernstorf 12.95. A. Sengenbusch, Wittingen 16.45. B. Schnarr, Weipert 56.40. F. Schönfeld, Swinemünde 54.05. G. Vetter, Saganau 46.25. W. Weber, Alenburg 16.45. G. Witte, Diebold 11.10. Ch. Wendel, Nib 14.80. D. Ziemert, Schwarzenberg 68.15. J. Züffel, Neustadt a. b. N. 61.10. Gebälter und Vergütungen an die Beamten der Hauptverwaltung 986.76. Vergütung an die Mitglieder der Revisionskommission 261.80. Für Marken 440. Porto, Schreibmaterial u. s. w. 281.47. Ca.: 20,472.70.

Einnahme M 188,898.85. Ausgabe M 20,472.70. Kassendefizit M 167,921.25.

Berichtigung. In der November-Abrechnung in Nr. 50 der Zeitung, muß es in der Einnahme nicht heißen Winden, sondern Wenden, und weiter fehlt die Summe der Einnahme bleibt jedoch wie angegeben ist. G. Bute nuth, Hauptkassier.

Wien, den 29. Dezember 1893. Werthe Genossen! Im Jahre 1894 wird bekanntlich eine Generalversammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter einberufen werden, und da kann es nicht schaden, wenn die einzelnen Orts, welche an dieselbe Anträge stellen wollen, diese rechtzeitig zur Diskussion bekannt geben. Die Filiale „Wien“ brachte zur letzten Generalversammlung einen Antrag, den § 27 unseres Statuts betreffend, ein. Dieser wurde aber aus uns nicht bekannten Gründen nicht verhandelt. Wir werden deshalb jetzt folgenden Antrag einbringen: Die Generalversammlung wolle beschließen, dem § 27 Abs. 3 folgende Fassung zu geben: Jede Wahlabtheilung wird in so viele Wahlbezirke eingetheilt, als sie 500 Mitglieder zählt; ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 500 theilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen. Auch darf kein Mitglied mehr als zwei Mal als Abgeordneter gewählt werden.

Genossen, wir glauben, daß in dieser Fassung der § 27 allen Mitgliedern gerecht würde, was wir von dem jetzigen § 27 nicht behaupten wollen. Es wird derselbe jetzt zum größten Theile berathen gehandelt, daß oft 15-1600, ja oft noch mehr Mitglieder, 8, 4 oder mehr Abgeordnete wählen. Es kann bei diesem Wahlsystem vorkommen, daß selbst größere Filialen von einem halben oder ganzen Duzend kleinerer vollständig majorisirt werden, so daß es selbigen nicht möglich ist, ihren Kandidaten zur Generalversammlung zu senden. Dann haben meistens die gewählten Abgeordneten mit den Mitgliedern obiger Filialen gar keine Fühlung und werden deren Anträge auch nicht in dem Maße vertreten, wie dieselben es wünschen. Durch die oftmalige Wiederwahl der Mitglieder zu Abgeordneten entsteht eine gewisse Wanderschaft, eine Betrübnis liegt im Bereiche der Möglichkeit, und glauben wir, daß dieses auch nicht der Allgemeinheit von Nutzen ist. In obiger Fassung würde § 27 unserer Ansicht nach diese Uebelstände vollständig beseitigen.

Mit Gruß Mehrere Köhler Genossen. (Unterschriften und Stempel.)

Vermischtes.

Eine General-Versammlung des Zentralvereins deutscher Former fand am 26. und 27. Dezember v. J. in Augsburg statt. Der Vorsitzende des Verbandes, Schwarz-Büchel erstattete den Geschäftsbericht. Die Einnahme und Ausgabe des Vereins betrug vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1893 40,601,06 M. Darunter wurden ausgegeben für das Organ des Verbandes, den „Glückauf“, M 11,462,04 für Bewaltungskosten der Hauptstelle M 4073.19 für Reiseunterstützung M 9987.99. Die Mitgliederzahl beträgt nach der Stammliste 8377, zahlende Mitglieder sind es 2782. Im Durchschnitt wurden in den zwei Jahren pro Kopf der zahlenden Mitglieder ausgegeben: Für Agitation 44 M, für Verwaltungskosten M 2.86 (die Materialien sind hierbei nicht eingerechnet), für das Vereins-

organ „Glückauf“ per Jahr M 2,08, für Reiseunterstützung (zwei Jahre) M 8.88. Die zahlenden Mitglieder haben pro Kopf in den zwei Jahren an Beiträgen bezahlt M 10.21, nach den Statuten sollen gezahlt werden M 15.80, mithin zu wenig M 5.59 pro Kopf. — Beschlossen wurde, den Beitrag, der jetzt 15 M pro Woche beträgt, auf 20 M zu erhöhen, dagegen das Eintrittsgeld von 50 auf 80 M herabzusetzen. Von mehreren Neuern wurde betont, daß, um auch den älteren ansässigen Mitgliedern einige Vortheile zu sichern, mit der Zeit eine Arbeitslosen-Unterstützung eintreten müsse. Es wurde demgemäß beschlossen, diese am 1. Januar 1895 eintreten zu lassen. Das umgeänderte Statut tritt am 1. April 1894 in Kraft. In Bezug auf die Reise-Unterstützung wird festgestellt, daß dieselbe für nicht mehr als 1600 Kilometer à 2 M betragen soll; während der 1500 Kilometer langen Tour darf jede Zahlstelle nur einmal Unterstützung zahlen. Das Streitreglement behält die alte Fassung. Als Sitz des Hauptvorstandes wurde Lübeck wieder bestimmt, der des Ausschusses Hamburg, der der Revisionskommission Kiel, der der Revisionskommission Braunschweig. Als Hauptvorstand wurde Schwarz-Büchel wiedergewählt.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. G. W. Dieck's Verlag) ist soeben das 4. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus dem sogenannten Rechtsstaate. — Die „Red Van“ Agitation in England. Von E. Hugo. — Aus unserem modernen Kunstleben. Von Fritz Kunkert. (Schluß). — Parcellen. — Notizen: Die Arbeitsinspektion in Fabriken und Werkstätten. Von A. Bebel. Ein amerikanischer Gouverneur über die Behandlung der Arbeitslosen. Von E. D. Bewellung, Gouverneur. Zur Entwicklung der Presse. — Feuilleton: Deutsche Geschichte. Von F. Mehring. I.

Briefkasten.

Markt-Redwig. Wir ersuchen, Versammlungsanzeigen separat zu schreiben. Sommerfeld. Das Eingefandte ist in der Form ungeeignet zur Aufnahme.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Samstag, 18. Jan., Versammlung im „gold. Löwen“. Es wird gebeten, an diesem Tage sämmtliche Bibliotheksbücher behufs Kontrolle abzugeben.

Ansbach. Sonntag, 14. Januar, Versammlung. L.O.: Abrechnung. Präsenzgelegenheiten. Verschiedenes. Fragekasten. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Ayda. Sonnabend, 13. Jan., Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Vorwärts“. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Tageszettel. Vortrag des Kollegen G. Leber über: Die politische und die gewerkschaftliche Bewegung. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bamberg. Samstag, 20. Jan., Mitglieder-Versammlung mit Vortrag über: „Das Aluminium und seine Bearbeitung“.

Bernburg. Sonnabend, 13. Januar, Jubiläum bei Grote. Dasselbst werden Bücher zum Lesen ausgegeben. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Cannstatt. (Alg.) Samstag, 13. Jan., Abends 8 Uhr, Einzählung und Aufnahme im „Rustischen Hof“.

Cottbus. Sonnabend, 13. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Rehniger außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung sehr wichtig, daher das Erscheinen aller notwendig. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Mitgliedsbücher zwecks Revision eingezogen werden.

Dresden. Sonnabend, 27. Jan., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. von Dessau und Umgebung. L.O.: Neuwahl des Vertrauensmannes. Verschiedenes.

Hortmund. Sonntag, 14. Januar, bei Zimmermann Mitglieder-Versammlung. L.O.: Geschäftliches. Vortrag des Kollegen Aug. Bölgel, „Die Gewerkschaften als Produktionsleiter der Zukunft.“ Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Dresden-Al. Sonnabend, 20. Jan., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im großen Saale des „Arianon“. L.O.: Vortrag des Herrn Dr. Grabbauer.

Dresden-Stritz. Sonntag, 14. Jan., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Deutschen Eiche“. L.O.: Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Goldstein. — Der neugewählte Vertrauensmann M. Paas wohnt Eißstraße 10, der Stellvertreter W. Schäfer, Kländnitzstr. 18 IV.

Duisburg. Sonntag, 14. Jan., Nachm. 4 Uhr, Versammlung im Vereinslokal zu den „Drei Kronen“. L.O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Abrechnung. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen.

Erlangen. Sonntag, 14. Jan., Nachm. 2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. L.O.: Erziehung und Verschlebung. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.

Glauchau. Sonntag, 14. Jan., Nachm. halb 3 Uhr, Versammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. in der „Volglandschen Bierhalle“. Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Görlitz. Montag, 15. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Hellmann, Langenstr. 48. L.O.: Kassenericht. Jahresbericht. Diskussion der Bibliothek. Geschäftliches. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. — Sämmtliche Bücher der Bibliothek sind mitzubringen.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstverleiheren, Uhrmacheien und Metallbearbeitern beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend.) Mittwoch, 17. Jan., Abds. 9 Uhr, im Lokale des Herrn v. Salzen, Raffinaderreihe 6-7, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Jahresbericht. Ref.: Herr D. Schulz. Arbeitsnachweis und Wahl einer Kommission zu demselben. Verzicht eines Mitgliedes von einer Sektion in die andere. Verschiedenes. Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Versammlung.

Hildesheim. Sonntag, 14. Januar, Nachm. 4 Uhr, Versammlung im Gasthaus zum „Hirsch“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Den reisenden Mitgliedern zur Kenntniß, daß nunmehr die Reiseunterstützung bei Gottlieb Feuer, mittl. Vorstadt 9 p., von 6-8 Uhr Abends ausbezahlt wird.

Heilbronn. Samstag, 13. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal. — Die reisenden Mitglieder werden ersucht, pünktlich mit ihren Büchern zu erscheinen.

Hersfeld. Sonnabend, 13. Jan., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig, da in Anbetracht der herrschenden Anämie eine Zahlstelle für das Lokalgeschäft errichtet werden soll.

Hildesheim. Sonntag, 21. Jan., Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Hotel „Johannesbad“. L.O.: Abrechnung vom 4. Quartal 1893. Jahresbericht des Vertrauensmannes. Neuwahl des Vertrauensmannes. Revisionswahl. Verschiedene Angelegenheiten.

Lützenwalde. Montag, 15. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Wwe. Schütz, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert, andernfalls wir nach den Statuten verfahren.

Mannheim. Donnerstag, 18. Januar, Mitglieder-Versammlung im Lokal, „Benzalherberge“. L.O.: Vortrag. Fragekasten. Verschiedenes.

Neumünster b. Kiel. Mittwoch, den 17. Jan., bei Först, Weidendorf, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragszahlung. Regelung der Zeitungsbelegungen. Antrag, betreffend Verlegung der Vereinsabende. Fragekasten. Verschiedenes. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder wichtig.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 20. Jan., Abends punkt 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht des Bibliothekars. Fragekasten. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, dem Einlasser die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle einzuhändigen.

Oberschlema. Sonntag, 14. Januar, Nachm. halb 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zur grünen Wiese“. L.O.: Wahl des Vertrauensmannes. Wahl zweier Revisoren. Beitragszahlen. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen ist dringend nötig.

Reine. Dienstag, 16. Jan., Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal, Rosenhagen 7. — Diejenigen Mitglieder, welche Bibliotheksbücher schon länger als sechs Wochen in Händen haben, werden ersucht, dieselben baldigt umzutauschen.

Pforzheim. Sonntag, 14. Jan., Nachm. 2 Uhr, im oberen Saal des „gold. Löwen“, Generalversammlung. L.O.: Neuwahl. Verschiedenes. — Nach der Versammlung gemütliches Beisammeln.

Radolfzell. Samstag, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung bei Hühn. L.O.: Abrechnung vom 4. Quartal. Neuwahl des Gesamtvorstandes. Vortrag über: „Christenthum und Sozialdemokratie“ von Gen. Hugo Unterl. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Schmöln. Montag, 15. Jan., Abends halb 9 Uhr, Versammlung in Wrell's Restaurant. L.O.: Berleien der Protokolle.

Beitragszahlen. Rechnungsabluß. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Schnitzing-Dees. Sonntag, 14. Jan., Vorm. 9 Uhr, im Lokal zum „Wabfaher“ in Muggenhof, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Fragekasten. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Schwesfurt. Sonntag, 21. Januar, Vorm. 10 Uhr, im „Fränkischen Hof“ Mitglieder-Versammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Stuttgart. Samstag, 18. Jan., Abds. 8 Uhr, in der „Alteutschen Bierstube“ von G. Weiß Generalversammlung. L.O.: Rechenschaftsbericht. Kassenericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. Verschiedenes.

Wetzlar. Sonnabend, 13. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung. L.O.: Bericht des Vorstandes; a. des Vorsitzenden, b. des Kassiers, c. der Revisoren, d. des Schriftführers. Neuwahl des Vorstandes. Stiftungsfest. Verschiedenes und Fragekasten.

Zwickau. Sonnabend, 13. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Vereinshalle“, Wilhelmstraße 55, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.O.: Vortrag von Gen. Eckstein über: Politik und Gewerkschaftsbewegung. Abrechnung pro 4. Quartal. Wahl der Revisoren. Diskussion. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Glauchau. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 13. Jan., Versammlung in der „Stadt Zwickau“.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 6. Januar verstarb unser eifriges Mitglied, der Eisendreher Joseph Köhner im Alter von 24 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach. Die Einzelmitglieder des D. M. V. von Leipzig-Nord.

Am 3. Januar verschied nach kurzem, schweren Leiden, am Typhus, unser treuer Kollege und Mitglied, der Metallbrecher Philipp Lamprecht aus Königsbach. Wir widmen ihm hiermit ein „Ruhe sanft!“ Ehre seinem Andenken.

Die Mitglieder des D. M. V. Verwaltungsstelle Pforzheim.

Am 4. Januar verstarb dahier unser treues Mitglied, d. r. Former Johann Peters an der Proletarierkrankheit. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach. Ortsverwaltung Mendenburg des D. M. V.

Der Saloffer Matthias Aeb, gebürtig aus Jahn (Württemberg), wird ersucht, seine Adresse betreffs Erbschaftangelegenheit an Unterzeichneten abzugeben. Kollegen, welche dessen Aufenthalt wissen, werden ebenfalls ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen, ev. die Adresse des A. hierher gelangen zu lassen.

Karl Henking, Bevollmächtigter, Rempten, Gasthaus zum „Goldenen Moh“, Markt.

Wir ersuchen das Mitglied Ludwig Wöcher, Buch Nr. 67000, das aus der Bibliothek entliehene Buch, „Wasserschiffung und Weltuntergang“, an uns einzuliefern. Ortsverwaltung Mainz.

Wer über den Aufenthalt des Klempners August Schuler Auskunft ertheilen kann, den bitte ich, mir dessen Adresse mitzutheilen. Wilhelm Schuler, Schlosser, Mannheim, T. 3, Nr. 4b.

Wer die Absicht hat,

sich einen Sonntags-Anzug, eine Hose oder einen Ueberzieher zu beschaffen, fordere zunächst per Postkarte Franko-Zusendung von Proben mit Angabe zu welchem Zweck. Billigste Fabrikpreise. Jedes gewünschte Maß wird abgegeben. (Auch Futterstoffe). Adresse: D. Schlessinger, Bernburg Nr. 11 27.

Allen Metallarbeitern empfehle ich echt hamb. rger Englisch-Lederhosen in allen Größen und Farben

- 1. Qualität (extra stark) M 9.50
2. " " " 8.50
3. " " " 7.50
franko gegen Nachnahme.
Stegfried Pelz in Nürnberg.